

alpe

adria

INFORMATIONSBLATT DER
ALPEN ADRIA
FRIEDENSBEWEGUNG

2'94



Europa: Frieden im Krieg?

Beiträge von:

Christoph Reinprecht – Wien
Giorgio Cavallo – Udine
Vlasta Jalušić – Ljubljana
Christine von Kohl – Wien
Doris Pollet-Kammerlander – Graz
Vida Tuan – Split
Drago Hedl – Osijek
Othmar Nestroy – Graz

ÖS 40.–

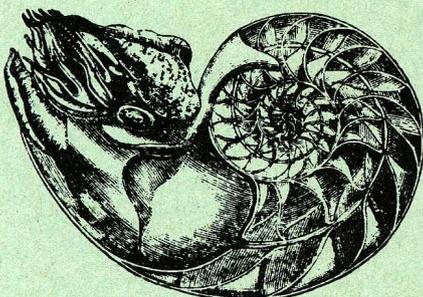
alpe-adria,

die Zeitschrift der Alpen-Adria-Friedensbewegung, erscheint seit 1986. Viermal jährlich berichtet sie über Friedens-, Umwelt- und Alternativbewegungen aus dem Alpen-Adria-Raum (Norditalien, Slowenien, Kroatien, Westungarn und Österreich). Seit 1989 ist sie auch Organ des Netzwerkes "Alpen-Adria-Alternativ".

Abonnement: ÖS 120.- (4 Nummern)
DM 20.- / SFr 20.- / Lit. 15.000.-
Konto des Villacher Friedenskomitees
Bank Austria, BLZ 20 151), Konto-Num-
mer: 422.533.404
Gedruckt mit Unterstützung der Grünen
Bildungswerkstatt (Österreich) und der
Grünen Bildungswerkstatt Kärnten



Alpen-Adria-Alternativ:
Büro Graz: Jakominiplatz 18, 8010
Graz, Tel. 0316/81 21 17.
Büro Villach: Rathausgasse 8, 9500
Villach, Tel. ++43/4242/22 864.
Redaktion dieses Heftes: Doris Pollet-
Kammerlander und Werner Winterstei-
ner.
Redaktionsadresse: Alpen Adria Al-
ternativ/Büro Villach, Rathausgasse 8,
A-9500 Villach, Tel. ++43/4242/22
864, Fax:++43/4242/238 396
Titelbild: Das Emblem der BesetzerIn-
nen der Metelkova-Kaserne in Ljublja-
na.



Europa: Frieden im Krieg?

<i>Editorial</i>	3
<i>Dossier</i>	
<i>Christoph Reinprecht: Regionen und Nationen – ein europäisches Geschichtsbild</i>	4
<i>Giorgio Cavallo: Alpen-Adria – eine Region</i>	6
<i>Vlasta Jalušić: Nachruf auf die Friedensbewegung</i>	12
<i>Christine von Kohl: Serbien – Widerstand gegen den Krieg</i>	19
<i>Doris Pollet-Kammerlander: Die Kerzen in Metelkova brennen noch immer</i>	22
<i>Aktuelles</i>	
<i>Split: Otvorena vrata</i>	25
<i>Serbien: Friedensbewegung</i>	25
<i>Drago Hedl: Zagreb feiert die Teilung</i>	27
<i>Gorski Kotar: Der serbisch-kroatische Dialog</i>	29
<i>Othmar Nestroy: Angewandte Bodenerosions- forschung in Österreich und Kroatien</i>	31
<i>Termine</i>	33
<i>Deserteursappell</i>	34
<i>Mediziner-Appell</i>	35
<i>Kinder-Geschichten</i>	36

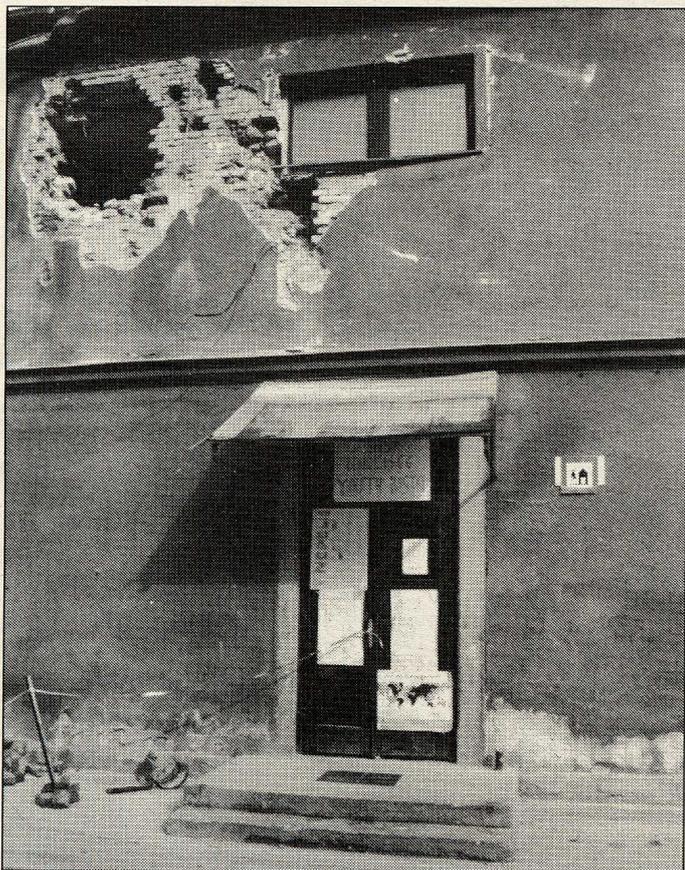


Das zentrale Gebäude der besetzten Metelkova-Kaserne in Ljubljana

Die Jahre der großen Hoffnung in Europa ...

... gekennzeichnet durch das Fallen des Eisernen Vorhanges und eine Zeit des politischen Umbruches, sind der Nüchternheit politischer Realität und der bitteren Normalität des 20. Jhdts. gewichen: Das Ende des Ost-West-Konfliktes hat kein Ende von Kriegen und Massakern mit sich gebracht, im Gegenteil: Noch nie seit Hiroshima war die Welt dem Einsatz von Massenvernichtungswaffen so nahe und die Gefahr, daß diese politisch außer Kontrolle geraten, so groß. Noch nie seit dem 2. Weltkrieg war die Wiederkehr des Verdrängten, die Kontinuität von Nationalismus, Chauvinismus und Rassismus, von Massenflucht und Konzentrationslagern in Europa so deutlich. Erstmals seit 1945 ist der Krieg wieder europäische Realität geworden.

Aber nicht die Politik hat in den vergangenen 45 Jahren in Europa Krieg verhindert und "Frieden" begründet, sondern die nukleare Abschreckung, das Bild der Selbstvernichtung, hat einen Zustand geschaffen, in dem die Anwendung der Waffen obsolet wurde. Wir haben nicht 30 Jahre "relativer Stabilität" hinter uns, sondern 30 Jahre "Belagerungszustand". Das hat möglicherweise ein Bild



von Frieden geformt, in dem der Zustand des "Nicht-Krieges", also das Fehlen militärischer Auseinandersetzungen, allein schon zur Erfüllung des Anspruches nach Sicherheit genügt. So wird Frieden mit Sicherheit verwechselt und Sicherheitspolitik auf militärische Verteidigungspolitik reduziert.

Die Auflösung der starren Blockkonfrontation in Europa hat also keine qualitative Verbesserung gebracht. Die neuen Formen von Kriegen – vom 2. Golfkrieg bis zum Zerfall Ex-Jugoslawiens – mit archaischen Geiselnahmen, Folterungen und Terrorisierung ganzer Bevölkerungsgruppen, mit der Verbindung von High-tech-Waffen und medialer Präsenz haben neue Verunsicherungen geschaffen. Auch für die Friedensbewegung, die sich jahrzehntelang an der bipolaren Welt und der Angst vor der nuklearen Selbstvernichtung orientiert hat, bedarf es eines Umdenkens und neuer Aktionsformen: Von den großen punktuellen Bewegungen hin zu konkreten, langfristigen Konfliktlösungsprojekten, von ideologischen Programmen zur pragmatischen Unterstützung von Flüchtlingsarbeit und Projekten des Wiederaufbaues zivilen Lebens. Umfassende Friedenspolitik muß aber auch Alternativen auf der Ebene staatlicher Sicherheitspolitik, Außenpolitik und Europapolitik vorschlagen können.

Europa: Frieden im Krieg? schließt an das vorhergehende Heft von alpe adria an, das der Frage nach den Grenzen, Rändern, Regionen und Identitäten Europas nachgegangen ist, und thematisiert, ausgehend von einem europäischen Geschichtsbild der Regionen und Nationen, einige Fragen im Zusammenhang mit dem jetzigen Zustand und der zukünftigen Rolle der Friedensbewegung. Dabei kommen natürlich auch Berichte über konkrete Friedensprojekte nicht zu kurz. Beide Hefte von alpe adria stellen eine Dokumentation der Arbeiten des Vereines Alpen Adria Alternativ zum Themenbereich Europa dar und beziehen sich auf Referate und Diskussionsbeiträge verschiedener Veranstaltungen des Jahres 1993.

Die Fotos im Dossier-Teil wurden bis auf die Abbildung auf Seite 20 in der besetzten Metelkova-Kaserne in Ljubljana aufgenommen. Sie stammen von Iztok Dimc (Seiten 4, 5, 11, 14, 16, 18, 21, 22, 23), Miha Fras (Seite 13), Walter Müller (Seiten 7, 9, 17) und Christian Stenner (Titelseite, Seiten 3, 8, 10, 15).

Doris Pollet-Kammerlander

Regionen und Nationen: Ein europäisches Geschichtsbild

■ Von Christoph Reinprecht

In einem Aufsatz aus dem Frühjahr 1993 schreibt der Wiener Philosoph Rudolf Burger: "Wenn ein Franzose sagt, er sei Patriot, dann ist er ein Republikaner. Wenn ein Deutscher sagt, er sei Republikaner, dann ist er ein Nationalist. Wenn ein Österreicher sagt, er sei ein Nationalist, dann ist er – ein Deutschnationaler. Was aber ist dann ein österreichischer Patriot?"

Die Frage berührt in der Tat ein tiefes Problem: Frankreich und Deutschland stehen für zwei nahezu konträre Nations-Konzeptionen, die politische und die kulturelle Nation, die auch mit abweichenden Vorstellungen von Patriotismus verbunden sind. Wo aber steht Österreich?

Die Bedeutung des Themas ist offensichtlich: Sowohl der Zusammenbruch der Nachkriegsordnung durch die politischen Umwälzungen in Ostmitteleuropa als auch die europäischen Integrationsbestrebungen zwingen die einzelnen politischen Gemeinwesen und ihre Angehörigen zu kritischer Selbstreflexion der je eigenen Rolle in diesem doppelten Prozeß einer vom Zerfall von Staaten begleiteten Auflösung historisch überkommener Ordnungsgefüge und einer Einschmelzung anderer Staaten in ein neuentstehendes transnationales Gebilde.

Beginnen wir mit einer Begriffsbestimmung. Nach der Auffassung des britischen Historikers und Philosophen Ernest Gellner ist Nationalismus ein politisches Prinzip, demzufolge politische und nationale Einheiten deckungsgleich sein sollen. Nationen stellen nach Gellner insofern keine ursprünglichen oder unveränderlichen sozialen Einheiten dar; sie entstehen vielmehr im Zuge von Industrialisierung und



Modernisierung, ja, streng genommen ist die Herausbildung des modernen Flächenstaates mit dem Prozeß der Industrialisierung notwendig verbunden. Gellners Argument: Die kapitalistische Modernisierung basiert auf Massenproduktion, sie setzt die Konzentration möglichst vieler Menschen in Städten und damit deren Ablösung von ihren Herkunftsmilieus voraus. Neben diesem Zwang zur Mobilität kommt auch dem Erwerb standardisierter Fähigkeiten und Kenntnisse – wie Lesen und Schreiben – große Bedeutung zu. Die Einführung der allgemeinen Schulpflicht und die "Erfindung" beziehungsweise zwangsweise Durchsetzung von Nationalsprachen lassen sich vor diesem Hintergrund als "funktionale" Strategien im Prozeß der Industrialisierung deuten. Die Überwindung des Partikularismus löst die einzelnen nicht nur aus weitgehend persönlich gehaltenen Abhängigkeiten von Haus, Hof, Stand, Religion und/oder Region und führt zu einer Unterwerfung unter eine vielfach als anonym erfahrene staatliche Zentralgewalt, sondern stättet ihn

zugleich mit jenen Fähigkeiten aus, die ihn in jedem Teil des (National-)Staates als Arbeitskraft einsetzbar und eine Kommunikation mit anonymen Fremden möglich macht.

Nach Gellner ist die Transformation der traditionellen feudal-ständischen Herrschaftsordnung mit ihrem stark segmentären Charakter in zentralstaatlich organisierte, bürokratisch überformte und kulturell vereinheitlichte "Kommunikationsräume" also eine Voraussetzung für den gewaltigen Modernisierungsschub, der die westliche Welt seit Beginn der Neuzeit erfaßt. Dieser große, historisch bedeutsame und folgenreichere Wandlungsprozeß signalisiert den Übergang zu einer neuen Stufe in der Menschheitsgeschichte. Die Überwindung partikularistischer Orientierungen geht mit einer Verinnerlichung der neuen universalistischen Prinzipien – wie etwa der Leistungsethik – einher. Das Streben nach Aufstieg wird zur alles bestimmenden Maxime. Nicht zufällig ist das Hegelsche Konzept des Nationalstaates aufs engste

verbunden mit der Idee der bürgerlichen Familie als der für den sozialen Aufstieg des einzelnen entscheidenden Sozialisierungsinstanz.

Die moderne (Staats-)Nation ist das Produkt einer historisch einzigartigen Konstellation. Trotz seines universalisierten Gebrauchs ("Vereinte Nationen") bezieht sich der Begriff Nation deshalb streng genommen nur auf eine bestimmte Form des modernen Territorialstaates. Entscheidend ist, daß moderne Nationen niemals von ihren ethnischen Wurzeln her erklärt werden können, wenngleich sie selbst häufig den Anschein zu erwecken suchen, in ihren Ursprüngen ethnisch homogen zu sein. Traditionsfindung und -erfindung freilich sind genuiner Bestandteil nationalstaatlicher "Identität". Es gilt der Satz von Ernest Renan: Keine Nation ohne Fälschung der eigenen Geschichte. "Der Nationalismus", so formuliert es Gellner, "wandelt manchmal bestehende Kulturen in Nationen um, erfindet neue Kulturen und vernichtet häufig tatsächlich bestimmte Kulturen."

Das Beispiel Frankreich vermag die Argumentation Gellners zu verdeutlichen: Im Gegensatz zu einem verbreiteten Irrglauben waren die Franken nicht das Urvolk bzw. die Begründer Frankreichs – an der Wende zur Neuzeit war der Anteil der eingewanderten Franken an der Bevölkerung der Ile de France gering. Im Seinebecken lebte ein Gemisch aus Römern, Galliern, Kelten, Bretonen, Normannen, Burgunden, höchstens 10 Prozent der Bevölkerung des Seinebeckens dürften Franken gewesen sein. Nicht die Franken ethnischer Herkunft bildeten Frankreich; vielmehr war es soziale Eliten mit z. T. fränkischen Vorfahren gelungen, die in "Frankreich" siedelnden Verbände oder Völker zu einem Gemeinwesen zu formen. "Nationale Gefühle" der Zusammengehörigkeit konnten bis zur Revolution von 1789 allerdings nur die oberen Stände.

In Frankreich umfaßte die Nation alle, die zur "societas civilis" gehören: nur sie hatten Anspruch auf die Ausnützung

von Souveränität. Von daher wurde die Nation häufig neben den König gestellt, der das Macht- und Gewaltmonopol innehatte. Der Begriff "Nation" ist insofern ein "Drittstandbegriff". Er bezeichnet den Ausdruck des politischen Gemeinwillens der *Bürger*. Werden Volk und Nation zur Deckung gebracht, dann bezeichnet dies den Prozeß der Aneignung der Macht durch die Bewohner eines bestimmten Territoriums. Das Volk gilt nicht als Träger national-kultureller Eigenheiten, sondern als Repräsentant der Dynamik des gesellschaftlichen Wandels. Nationalismus und Patriotismus sind Formen politischen Selbstbehauptungswillens. "Nation" und Nationalismus stellen hier also politische Kategorien dar und sind eng mit der Herausbildung von Republikanismus und moderner Demokratie verbunden. Deshalb auch gilt: Wenn ein Franzose sagt, er sei Patriot, dann ist er ein Republikaner ...

In Deutschland hingegen, wo es keine bürgerliche Revolution gab und Industrialisierung und Modernisierung sich erst verspätet durchzusetzen vermochten, wird die Nation mit dem Volk im kulturell-ethnischen Sinn des Wortes identisch gesetzt. Das Volk wird als Trägerin von Einzigartigkeiten vorgestellt. Knapp zwanzig Jahre nach der Französischen Revolution spricht Fichte der deutschen Sprache die Kraft einer Ursprache zu, die geeignet scheint, die ganze Menschheit zu verjüngen. Nicht Demokratie, republikanische Verfassung oder politische Partizipationsrechte werden propagiert, sondern die kulturellen Vorzüge des Deutschtums gepriesen. Angesichts einer aussichtslos erscheinenden politischen Einheit des zersplitterten Deutschlands wird eine kulturelle Einheit phantasiert.

Es ist hier nicht der Platz, die grundsätzliche Widersprüchlichkeit, die jedem Nationsbegriff innewohnt, darzulegen. Die grob gezeichnete Gegenüberstellung der französischen und deutschen Nations-Konzeption soll den historischen Rahmen für die aktuelle Diskussion über die Zukunft der Nationalstaatlichkeit markieren.

Wichtig ist zu erkennen: Republikanismus und Nationalismus haben eine gemeinsame Wurzel; nur allzu oft aber geraten diese beiden Prinzipien in einen mörderischen Widerstreit.

Dies gilt in besonderem Maße auch für Österreich. Als Nachfolgestaat der Habsburger-Monarchie brachte Österreich nach 1918 die denkbar schlechtesten Voraussetzungen mit: Nicht zu Unrecht sieht Gellner in Österreich-Ungarn einen Inbegriff vormoderner Staatlichkeit, in der die Prozesse von Nationsbildung und Demokratisierung massiv blockiert werden. Industrialisierung und Modernisierung gaben



schließlich den Zentrifugalkräften enormen Auftrieb, zum Zerfall des multinationalen Gefüges gab es wohl keine Alternative. Aus dieser Perspektive erscheint die berühmte Definition Otto Bauers, Nation sei die aus einer Schicksalsgemeinschaft erwachsene Charaktergemeinschaft, in der Tat als reichlich pathetisch und nebulös.

Aus der Warte der Ersten Republik ist Patriotismus eine Haltung des semifaschistischen Ultraprovinzialismus der "Vaterländischen Front". Das Österreichertum der Schuschnigg und Dollfuß liefert – allen zeitgenössischen Rehabilitationsversuchen des austrofaschistischen Ständestaates zum Trotz – deshalb auch keinen geeigneten Anknüpfungspunkt für ein heutiges nationales Selbstverständnis.

Vor welcher Situation aber stehen wir heute?

Generell gilt: Die von Demographen erhobene Zustimmung zur österreichischen Nation ist eine Grundtatsache. 75 Prozent der Österreicherinnen und Österreicher, so die Ergebnisse einer Repräsentativerhebung aus dem Jahre 1987, identifizieren Österreich als eine Nation – 1964 taten dies erst 47 Prozent. Die – aus der Sicht der Demographen – kontinuierliche Zunahme des österreichischen „Nationalbewußtseins“ schlägt auch atmosphärisch zu Buche. Das verspannt-verkrampfte Verhältnis zur Frage einer österreichischen „Identität“ ist in den vergangenen Jahren zunehmend einer gelasseneren Haltung gewichen, und auch die populistisch-demagogische Position eines Jörg Haider ändert nichts daran, daß der von Rudolf Burger angeschnittene „Deutschnationalismus“ im Grunde nur mehr eine Marginalie darstellt. Das Wort vom „gelernten Österreicher“ illustriert dabei eine besonders verbreitete Grundhaltung des österreichischen Patriotismus.

Damit aber ist unsere Eingangsfrage nicht beantwortet. Nach der Auffassung des amerikanischen Sozialphilosophen Alasdair MacIntyre ist Patriotismus ei-

ne „loyalitätsbezeugende Tugend“. Wodurch aber vermag die Loyalität dem Gemeinwesen gegenüber heute noch bestimmt zu werden? Durch Geschichte, Tradition, Zeit („Gewöhnung“) – oder durch den gemeinsamen Nenner des Verfassungspatriotismus, der, wie es Jürgen Habermas formuliert, den Sinn für die Vielfalt und die Integrität der verschiedenen koexistierenden Lebensformen einer multikulturellen Gesellschaft schärft? Die Aktualität dieser Frage erscheint angesichts der schwierigen Konstitution einer „Europäischen Union“, deren brüchige Legitimationsgrundlage Gegenstand heftiger Auseinandersetzungen ist, evident.

In früheren Zeiten hatte die Nation ihre Angehörigen „in die Pflicht“ genommen, und nirgendwo wird die Mahnung an die Bürgerpflicht deutlicher als an den Soldatenfriedhöfen. Sie sind, so der französische Historiker Pierre Nora, „monumentale Orte“ der kollektiven Erinnerung. Auf welche Weise aber lassen sich die Angehörigen der modernen, in mancher Hinsicht gar post-nationalen Gemeinwesen noch in die Pflicht nehmen? Bedarf es überhaupt noch einer solchen Identifikation mit der Allgemeinheit?

Es steht außer Zweifel, daß dem Nationalstaat – zumindest in seiner heutigen Form kaum eine Zukunft beschieden ist. Was Not tut ist aber nicht eine Diskussion über die kulturelle Identität „gewachsener Einheiten“, etwa von Regionen oder Nationen, sondern über die demokratiepolitische Dimension der kommenden Veränderungen. Demokratische Gemeinwesen basieren auf der Teilhabe möglichst vieler einzelner. Die vielfach als unangenehm empfundene, nichtdestoweniger entscheidende Frage lautet: Was kann der einzelne von der Allgemeinheit fordern, und was diese vom einzelnen?

Dr. Christoph Reinprecht ist Assistent am Institut für Soziologie der Universität Wien. Der Aufsatz gibt ein Referat wieder, das Dr. Reinprecht im Rahmen der 10. Sommerakademie in Schläining im Juli 1993 hielt.

„Alpen-Adria – eine Region“

■ von Giorgio Cavallo

Vorbemerkung

Vor ungefähr einem Jahr, anlässlich eines Artikels für das Informationsblatt der Alpen-Adria-Friedensbewegung, ging ich der Frage nach, welches Regionalmodell für dieses Europa zukunftsweisend sein könnte und ob in diesem Zusammenhang der Alpen-Adria-Raum als selbständige Region aufgefaßt werden kann. Es scheint mir von Interesse, an dieser Stelle einige kurze

Auszüge aus diesem Artikel zu zitieren:

„Wer heute daran geht, ein Europa der Regionen zu entwerfen, der kann sich dabei nicht ausschließlich auf die traditionellen Institutionen der einzelnen Staaten beziehen. Nicht nur, weil es sich dabei um sehr unterschiedliche Traditionen handelt, sondern vor allem, weil der Bezugsrahmen durch die anstehenden und zu lösenden Probleme vorgegeben wird. Hier einige praktische Beispiele: der Schutz der Friulaner als eigene Sprachgruppe ist ein Prob-

lem, das fast ausschließlich die Region Friaul-Julisch Venetien betrifft; das Phänomen des Waldsterbens in den Ostalpen hingegen trifft zumindest auf Friaul-Julisch Venetien, Slowenien und Kärnten zu; die Meeresverschmutzung im nördlichen Teil des Adriatischen Meeres betrifft Friaul-Julisch-Venetien, Venetien, Slowenien und Kroatien; usw.

Ein föderalistisches Europa der Regionen kann deshalb nicht ein starres institutionelles System sein, sondern es

muß die Fähigkeit besitzen, sich je nach den Bedürfnissen der Menschen und der Natur ausweiten bzw. zusammenziehen zu können.

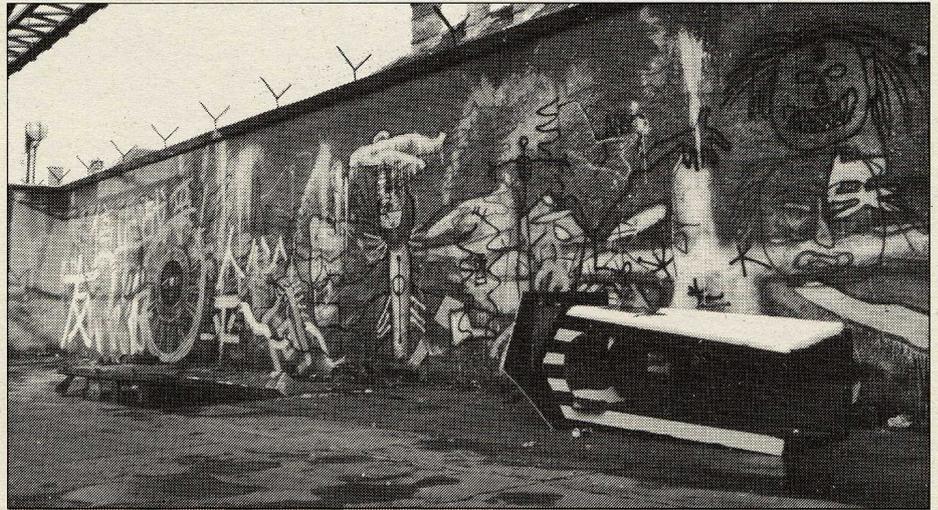
Dies bedeutet sowohl gemeinsame Initiativen als auch einen dauerhaften institutionellen Zusammenschluß von zwei oder mehreren Regionen. In diesem Zusammenhang von besonderem Interesse ist das Entstehen einer Großregion im Herzen der Alpen-Adria, die fähig wäre, einen gemeinsamen institutionellen Rahmen zu definieren (welche demokratischen Institutionen entscheiden worüber), in bezug auf Probleme, die nur gemeinsam erfolgreich gelöst werden können. ... Es sei daran erinnert, daß zum derzeitigen Zeitpunkt die ARGE Alpen-Adria keine wahre Entscheidungsgewalt besitzt, ihre Tätigkeit beschränkt sich auf Treffen zwischen den Regierungen der Regionen, Ländern, Republiken, zum Zwecke des Wissensaustauschs über verschiedene Themen.

Mögliche gemeinsame Handlungen werden letztendlich von den Staaten, zu denen diese Regionen gehören, entschieden und autorisiert. (Ganz anders stellt sich derzeit die Lage in Slowenien und Kroatien dar, wobei letztere mit Problemen konfrontiert ist, die sich von den allgemeinen der Alpen-Adria sehr unterscheiden.) Außerdem besitzen die verschiedenen Staaten, denen die Mitglieder der Alpen-Adria angehören, sehr unterschiedliche institutionelle Organisationsformen.

Kann der Alpen-Adria-Raum überhaupt zu einer echten Großregion werden, wie von den Grünen Friaul-Julisch Venetiens vorgeschlagen? ... Eine neue Alpen-Adria oder zumindest ihr Kern könnte zu einem politisch-institutionellen Bezugspunkt für die grünen Parteien, für die Umwelt- und Alternativbewegungen aus diesem Teil Europas werden.

Im Grunde handelt es sich dabei um die Synthese von drei spezifischen Problemen:

- daß ausgehend von der derzeitigen Form der Europäischen Gemeinschaft eine Diskussion in Gange kommt über die Bildung eines Europas der Regionen als Alternative



und in Gegensatz zur heute vorherrschenden Auffassung der EG als geschlossenem System und als Supermacht.

- daß mittels einer breiten Diskussion, die gleichzeitig die öffentliche Meinung und die zivile Gesellschaft all der verschiedenen lokalen Realitäten der neuen Alpen-Adria mit einbezieht, sehr genau die Kompetenzen dieser Großregion festgelegt werden, z. B. in Energiefragen, bei der Verkehrsplanung, usw.
- daß in einem demokratischen Prozeß die Institutionen festgelegt werden, die berechtigt sind, die Entscheidungen innerhalb der neuen Alpen-Adria zu treffen. Dabei sollen sie nicht mehr Ausdruck der Regierungen sein, sondern durch gewählte Repräsentanten den Volkswillen artikulieren und Formen der demokratischen Kontrolle beinhalten - von oben (über die Einhaltung der individuellen und allgemeinen Rechte) und von unten, (in Form von Volksbegehren und durch die Möglichkeit, getroffene Entscheidungen wieder rückgängig zu machen). ..."

Die Region Alpen-Adria: Ein Projekt, das nötiger denn je ist

Seit dieser Analyse vor einem Jahr hat es folgende wichtige Veränderungen gegeben:

- Die Diskussion um Maastricht führ-

te nicht in Richtung eines Europas der Regionen, sondern zu einer Verschärfung der Auseinandersetzung zwischen verschiedenen Sichtweisen von Europa, vor allem in Funktion der Interessen der einzelnen Staaten. In dieser Hinsicht sind auch die Volksabstimmungen in Dänemark, Frankreich und Irland zu sehen.

- Die Beziehungen zwischen den Staaten der Mitteleuropa-Initiative (Ex-Pentagonale) haben sich nicht vertieft, als Beispiel dafür kann Italien gelten, das heute fast ausschließlich mit seiner eigenen ökonomisch-finanziellen-moralischen und politischen Krise beschäftigt ist. Aber vor allem die Fortdauer des Krieges auf dem Balkan, ohne Aussicht auf ein baldiges Ende, hat die Erwartung einer fast automatischen Ausweitung des westlichen Kapitalismus auch auf diesen Teil Mitteleuropas sehr gedämpft.
- Der Sturm des Nationalismus und der Intoleranz, der ganz Europa erfaßt hat, verschont auch nicht die Regionen und Republiken des Alpen-Adria-Raumes, zwar in unterschiedlichem Ausmaß, aber doch prägend. Anzeichen dafür sind die Wahlergebnisse in Kroatien mit einziger Ausnahme Istriens, die territorialen Forderungen der Triestiner Nationalisten, die Asyldebatte in Österreich. Innerhalb dieses Kontexts ist es möglich, daß ausländische Beobachter die Gefährlichkeit der italienischen Situation verken-



nen, die zusätzlich durch die undurchsichtige Rolle der verschiedenen politischen Kräfte erschwert wurde. Zum Beispiel beschränkt sich derzeit die Forderung nach Rückgabe der im Zweiten Weltkrieg verlorenen Gebiete von Istrien und Fiume auf einige wenige nationalistische Gruppen, die nur in Triest Massenzuspruch haben. Allerdings besteht eine breite Grauzone, auch innerhalb von politischen Kräften, von denen man annehmen könnte, daß sie dagegen gefeit seien, wie bei Funktionären der Sozialistischen Partei, die trotzdem das Gespräch und die Kontakte mit den nationalistischen Kreisen aufrechterhalten. Dies bedeutet meiner Meinung nach, daß in einer internationalen Situation, wo Kriege geführt werden, sich alles in Bewegung befindet und die politische Situation in Italien durch eine tiefe Identifikationskrise zwischen Staatsbürger und Staatsmacht geprägt ist, die Gefahr besteht, daß eine eventuelle Verschärfung des Konfliktes unter nationalistischen Vorzeichen leicht zum Zwecke der Rekonstruktion und erneuten Machtbildung einer politischen Klasse mißbraucht werden könnte.

Allerdings beinhaltet diese extrem un stabile Situation, unter Berücksichtigung ihrer ganzen Komplexität und Gefährlichkeit, auch die Möglichkeit einer erfolgreichen Erneuerung der Alpen-Adria. Diese bietet sich als Bezugspunkt nicht nur für Regierungen und

Verwaltungen, sondern für die ganze zivile Gesellschaft an, als konkrete Alternative zu den klassischen Instrumenten des internationalen Rechts wie Kriege, Abkommen zwischen Staaten, usw., die uns gerade jetzt in ihrer ganzen Brutalität vorgeführt werden.

Es ist vielleicht der Zeitpunkt gekommen, sich von den wohlgemeinten, aber allgemeinen Ideen zu verabschieden und das Projekt einer Alpen Adria als einer Region "mit variabler Geografie" nicht nur unter einem politischen, sondern auch unter einem juristisch-institutionellen Gesichtspunkt zu betrachten, wie es in Ansätzen die Grünen Friaul-Julisch-Venetiens versucht haben. Wie läßt es sich nun vermeiden, daß ein Projekt wie die europäische Region Alpen-Adria nicht wieder nur aus Abkommen zwischen Regionen, Bundesländern und Republiken besteht, die sich entschlossen haben, gemeinsame Probleme gemeinsam zu lösen, sondern auch als Prozeß aufgefaßt wird, der alle Ebenen der demokratischen Institutionen miteinbezieht, beginnend auf der niedersten, den Gemeinden.

Außerdem möchte ich darauf hinweisen, daß ich nicht versuchen werde, die Region Alpen Adria geografisch genau zu bestimmen. Ich bin der Meinung, daß meine Vorstellungen nicht die Gesamtheit der Regionen betreffen können, die derzeit die Arbeitsgruppe Alpen-Adria umfassen; dies gilt im besonderen für die Lombardei und Bayern. Sie besitzen ihre Gültigkeit vor allem für ein Gebiet, das, ausgehend vom Herzstück des Alpen-Adria-Raumes,

Friaul-Julisch-Venetien, Kärnten und Slowenien, auch die angrenzenden Länder, hier vor allem Venetien, Steiermark, Kroatien, und die wiederum mit ihnen verbundenen, umfaßt. Es handelt sich also nicht um ein geografisch festgelegtes Gebiet, sondern ein durch gemeinsame institutionelle Beziehungen bestimmtes. Wenn ich also von einem Alpen-Adria-Raum spreche, so verstehe ich darunter gerade jene Gebiete, die in diesen gemeinsamen Prozeß integrierbar sind.

Wertvolle Erfahrungen

Man beginnt nicht bei Null. Die Unterlagen einiger Kommissionen aus den Arbeitsgruppen der Alpen-Adria bilden bereits ein wertvolles Wissensgut mit thematischen Schwerpunkten, von dem man ausgehen kann. Der Kongreß "Integrazione Europea e politiche territoriali alla soglia del 1993", eine Veranstaltung der ARGE Alpen-Adria mit den Schwerpunkten Raumplanung und Umweltschutz, der am 8. und 9. Oktober 1992 in Triest stattfand, faßte die jahrelangen Aktivitäten der *Commissione Assetto del territorio e tutela dell'ambiente della Comunità di Lavoro Alpe-Adria* zusammen, mit dem Ergebnis, daß man derzeit die verschiedenen Vorgangsweisen der einzelnen Republiken und Bundesländer in bezug auf Raumplanung und Umweltschutz kennt. Dies verhindert jedoch nicht, daß in der Raumplanung und im Umweltschutz widersprüchliche Vorgangsweisen mit unterschiedlichen Zielen gewählt werden, die in ihrer Gesamtheit gesehen zum Schaden der Umwelt der Alpen-Adria und der betroffenen Bevölkerung wirken. Um eine andere Vorgangsweise zu ermöglichen, ist ein technischer und politischer Qualitätssprung vonnöten. Es ist notwendig, daß die Gesamtheit von Raumplanung und Umweltschutz für das ganze Gebiet der Alpen-Adria vereinheitlicht wird. Um dies zu erreichen, ist es notwendig, auf drei verschiedenen Ebenen zu arbeiten.

- *Die technische Ebene:* Es muß möglich sein, daß die regionalen Informationssysteme, die die Gesamtheit der Daten über das Territorium

enthalten, miteinander vergleichbar und integrierbar sind.

- *Die technisch-politische Ebene:* es ist notwendig, daß die Vorgangsweise in der Entscheidungsfindung auf dem Gebiet der Raumplanung und des Umweltschutzes untereinander ähnlich sind, auf jeden Fall müssen sie sich ergänzen, falls es sich um Entscheidungen handelt, die ein Gebiet betreffen, das über die Grenzen einzelner Republiken oder Bundesländer hinausreicht. In der Praxis bedeutet dies eine einheitliche Einschätzung über Akzeptanz und Auswirkung von Raumordnungsplänen und einschlägigen Bauten auf das Gebiet.
- *Die politische Ebene:* es ist notwendig, daß konkrete Entscheidungen in bezug auf Bauvorhaben, deren Auswirkungen die Grenzen einzelner Republiken und Länder überschreiten, nicht miteinander in Widerspruch stehen. Z. B. sollen die Entscheidungen im Verkehrswesen (Waren- und Personenverkehr), die derzeit in Slowenien getroffen werden, nicht in Widerspruch zu jenen in Friaul-Julisch Venetien, Kärnten und Steiermark stehen. Sie müssen sich bei der Raumplanung und im Umweltschutz innerhalb eines Rahmens der allgemeinen Kompatibilität bewegen.

Die derzeitigen Grenzen müssen überwunden werden

Die Raumplanung ist ein besonderer Fall, aber die Daten aus ihren Analysen besitzen allgemeinen Charakter. Man muß den derzeitigen Stillstand konkret überwinden. Derzeit arbeitet man innerhalb des Alpen-Adria-Raumes mit Absichtserklärungen des guten Willens, denen die Praxis regelmäßig widerspricht. In diesem Zusammenhang genügt es, auf das Problem der Häfen im nördlichen Teil des Adriatischen Meeres zu verweisen. Die Notwendigkeit einer gemeinsamen politischen Lösung wird bei jedem internationalen Treffen wortreich beschworen. In der Praxis, bei der konkreten Umsetzung

der Investitionen und Planung der Infrastruktur, verfahren Friaul-Julisch Venetien, Slowenien und Kroatien jedoch jeder für sich, überzeugt, daß jeweils Triest, Koper oder Rijeka der alleinige Hafen für den ganzen Handelsverkehr Mitteleuropas ist oder sein wird. Das führt zu Geldverschwendung, Umweltschäden und zu keiner echten Lösung der anstehenden Probleme. Üblicherweise wird ein Problem wie das oben beschriebene mittels internationaler Abkommen gelöst; mit Hilfe von spezifischen Arbeitskommissionen wird versucht, spezifische Probleme auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen. So funktioniert das derzeit



praktizierte System, das zu keinen großen Erfolgen führen kann, auch weil am Anfang jeder Verhandlung ein Interessenkonflikt zwischen verschiedenen Staaten steht. Konkretes Beispiel dafür sind die Verhandlungen zwischen Italien und Österreich in bezug auf das Transitabkommen. Wahrscheinlich würden sich die Dinge vereinfachen, wenn auch die italienischen Regionen und die österreichischen Bundesländer mit institutionell abgesicherten Kompetenzen ausgestattet würden, mit denen sie internationale Abkommen in für sie wichtigen Angelegenheiten abschließen könnten. Für Kroatien und Slowenien als selbständige Staaten ist dies selbstverständlich. In Friaul-Julisch Venetien gibt es bereits mehrere Initiativen, die in diese Richtung gehen, aber neben der Schwierigkeit, daß eine diesbezügliche Reform im Parlament

kaum eine Mehrheit finden würde, herrscht auch hier die Auffassung vor, daß es sich bei den Verhandlungspartnern um Subjekte handelt, die tendenziell widersprüchliche Interessen vertreten.

Eine Alternative zu dieser Vorgangsweise bestünde darin, Entscheidungen über grenzüberschreitende Projekte durch gemeinsame demokratische Organe aus den betroffenen Gebieten treffen zu lassen. Es geht also darum, die Entscheidung nicht zwei souveränen Subjekten zu überlassen, sondern sie an die Souveränität eines einzigen Subjektes zu delegieren, das aus Vertretern des gesamten betroffenen Gebietes

besteht und über die Vorgangsweise bei der Entscheidungsfindung autonom bestimmen kann. Das mag utopisch klingen, es gibt aber bereits reale Vorschläge dafür auf zwischenstaatlicher Ebene. Falls man sich für diesen Weg entscheiden sollte, so müßte man ihn mit großer Vorsicht gehen, aber er ist sicherlich zukunftsweisend und wird es einer Erweiterung der EG auf demokratischem Wege um so mehr sein.

Dieser Weg ist bereits heute gangbar

Wir führen im folgenden einige konkrete Beispiele an, vor allem auf dem Gebiet der Raumplanung und des Umweltschutzes in Friaul-Julisch Venetien, wo bereits heute eine überstaatliche Verwaltung vorgesehen ist.

Der internationale Naturpark Karst:

Dieser Naturpark ist ein Gemeinschaftsprojekt von Italien und Slowenien und dient dem Schutz und der Erschließung eines großen Gebietes im Hinterland von Triest. Es handelt sich dabei um ein verhältnismäßig dicht besiedeltes Territorium, wo auch industrielle Betriebe und solche des Dienstleistungssektors vorhanden sind und dessen urbanistische Funktion in Hinblick auf die Erhaltung einer einzigartigen Landschaft neu definiert werden muß. Dabei kann meiner Meinung nach die weitere Vorgangsweise nicht nur darin bestehen, die unbewohnten Gebiete abzugrenzen, um sie dem Schutz einer

Industrien und kommunale Mülldeponien in Slowenien verseucht wird. Die Region Friaul-Julisch Venetien hat in Zusammenarbeit mit Slowenien ein Sanierungsprogramm ausgearbeitet, das im Rahmen des EG-Projektes INTERREG die Zustimmung der Gemeinschaft besitzt und in nächster Zeit konkret das Problem angehen soll. Dabei ist es klar, daß auch nach erfolgreicher Sanierung des Flusses die weitere hydrogeologische und landschaftliche Verwaltung des Wasserlaufes nicht der getrennten Initiative verschiedener Subjekte überlassen werden kann, sondern einer einheitlichen Logik entsprechen muß. Dies gilt für alle grenzüberschrei-

tes Projekt, das jedoch, abgesehen vom guten Willen und der Verankerung von einigen Punkten in internationalen Verträgen keine weiteren Impulse enthält, die zu einer echten städtebaulichen, sozialen und kulturellen Integration führen könnten. Vielleicht wäre dies das geeignetste Beispiel, im Rahmen dessen einem souveränen Organ, in diesem Fall könnten es die beiden Gemeinderäte sein, die Ausführung des Projektes einer gemeinsamen Stadt Gorizia–Nova Gorica überlassen würde.

Naturpark Julische Alpen: Es handelt sich um ein ähnliches Projekt wie der Naturpark Karst, das auch bereits in zwischenstaatlichen Treffen erörtert wurde. Davon betroffen sind die Gegend von Tarvis in Friaul-Julisch-Venetien und die angrenzenden Gebiete in Kärnten und Slowenien. Bis jetzt gibt es noch keine genaue Eingrenzung des Gebietes, aber man kann von großen geschützten Flächen ausgehen, genauer: von Gebieten, deren Schutz in den Raumordnungsplänen in der Grenzzone von Friaul-Julisch-Venetien, Kärnten und Slowenien vorgesehen ist, die in dieses Gemeinschaftsprojekt eingebracht werden müßten.

Gleichzeitig wird in bezug auf dasselbe Gebiet von der Organisation der Winterolympiade 2002 gesprochen. Vielleicht handelt es sich nur um einen Werbefeldzug der öffentlichen Ämter, um zusätzliches Geld für die Tourismusförderung zur Verfügung zu haben, auf jeden Fall steht für mich die Veranstaltung einer Olympiade in totalem Gegensatz zur Schaffung eines Naturparks. Auch hier stellt sich die Frage, wer entscheidet über diese Projekte und wer kontrolliert ihre Verwirklichung. Soll man alles den Verhandlungen und den Verträgen der Regierungen überlassen, die sie womöglich als Tauschobjekt für andere Projekte benutzen, oder ist es möglich, eine gemeinsame demokratische Struktur aufzubauen, die gemäß den allgemeinen Interessen der betroffenen Bevölkerung Entscheidungen trifft, die in Einklang sind mit den Menschen- und Umweltrechten?



technischen Behörde zu überlassen, sondern es geht darum, diese notwendige technische Komponente in einen breiteren Rahmen urbanistischer Verwaltung zu integrieren, deren politische Verantwortung einem souveränen, demokratischen Organ überantwortet wird.

Sanierung des Flusses Timavo: Der Timavo entspringt in Slowenien, fließt zuerst an der Oberfläche, verschwindet dann – ein Charakteristikum des Karstes – im Untergrund und taucht erst kurz vor der Mündung ins Adriatische Meer auf italienischer Seite wieder auf. Abgesehen davon, daß er ein Naturattraktion darstellt, ist er eine wichtige Wasserquelle, die heute durch einige

tenden Flüsse und trifft in Friaul-Julisch Venetien auf den Isonzo, die Slizza, einen Nebenfluß der Drau, und die Save zu, die in der Gemeinde Tarvis entspringt.

Einheit von Gorizia und Nova Gorica:

Seit einigen Jahren sind Bestrebungen von seiten des Gemeinderates von Gorizia (Italien) und Nova Gorica (Slowenien) im Gange, für diese Städte, die über die Grenze hinweg eine einheitliche Entwicklung aufweisen, auf technischer Ebene eine Vereinheitlichung der Infrastruktur, der Dienstleistungen usw. zu erreichen. Dies soll als Grundlage für eine gemeinsame Verwaltung des gesamten urbanen Systems dienen. Es handelt sich um ein äußerst interessan-

Eine neue Institution: Der Vertrag mit gemeinschaftlicher Funktion

Die angeführten Beispiele beleuchten eine reale Situation und zeigen, wie wichtig ein Reifungsprozeß und eine institutionelle Erneuerung der Alpen-Adria auf ihrem Weg zu einer europäischen Region sind. Nichts verbietet uns, an einen Aufbau der Alpen-Adria von unten in absehbarer Zeit zu glauben, im Zuge dessen sich diese Situationen entwickeln und vervielfältigen können. Es gibt jedoch ein schwerwiegendes politisches Problem, das gelöst werden muß, nämlich die institutionelle Verankerung, die die Weiterentwicklung dieser Erfahrungen ermöglicht, scheinen doch diese dem vorherrschenden Trend im internationalen Recht zu widersprechen. Es wird nicht leicht sein, aber es ist eine realistische Perspektive, vor allem dann, wenn alle Gebiete des Alpen-Adria-Raumes in den europäischen Einigungsprozeß miteinbezogen werden. Unmittelbar wäre ein dauerhafter internationaler Sitz vonnöten, es könnte dies die Mitteleuropa-Initiative sein, innerhalb welcher man ein Abkommen schließt, in dem der Alpen-Adria die Funktion zuerkannt wird, überregionale und grenzüberschreitende Modelle für die Zusammenarbeit zwischen Gebietskörperschaften zu entwerfen, die an einer gemeinsamen Verwaltung der in ihren Kompetenzen liegenden Gegenstände interessiert sind. Dabei könnte die Alpen-Adria neu definiert und geographisch verkleinert werden, außerdem müßte ihre Organisationsstruktur neu geordnet werden, neben einer zwischenstaatlichen Regierungskommission wäre aus demokratiepolitischen Gründen auch eine interparlamentarische Kommission notwendig. Ich möchte mich mit diesen allgemeinen Hinweisen begnügen und nur kurz auf das institutionelle Instrumentarium näher eingehen, das mir am geeignetsten erscheint, die vorher aufgezählten Probleme lösen zu können.

Die dargelegten Beispiele veranschaulichen zur Genüge den qualitativen Unterschied zwischen dem hier vorgeschlagenen Lösungsansatz und den üblichen Mechanismen der interna-

tionalen Abkommen. Es handelt sich um ein Modell, das bisher nur zwischen Institutionen desselben Staates Anwendung fand und nun auf internationale Ebene übertragen werden soll. Es ist heute gängige Praxis, daß zwei Gebietskörperschaften, z. B. Gemeinden und Regionen in Gebieten, über die sie die Entscheidungsbefugnis besitzen, wie z. B. bei der Altenbetreuung, übereinkommen, diese Aufgabe gemeinsam mit Hilfe eines einheitlichen Verwaltungsorgans, z. B. einer Genossen-

oder mehr Institutionen, die bezüglich eines Problems einen Vertrag eingehen, sich in weiterer Folge wie eine einzige souveräne Institution verhalten. Solche Abkommen können natürlich auf allen Ebenen der Institutionen abgeschlossen werden, von der niedersten (Gemeinde) bis zur höchsten (Bundesland). Die Alpen-Adria wird somit zu einer großen Region, die eigene Institutionen besitzt, die durch die Gesamtheit der Verträge mit gemeinschaftlicher Funktion bestimmt sind.



schaft, zu verwalten. Leider wird bei derartigen Vereinbarungen häufig ihr demokratischer Bezug zur Gesellschaft vernachlässigt, was aber ein allgemeines politisches Problem und nicht direkt an das Vorhandensein eines gemeinsamen Verwaltungsgremiums gebunden ist. Ich würde deshalb einen "Vertrag mit gemeinschaftlicher Funktion" ein Abkommen zwischen zwei oder mehreren Institutionen aus den Republiken und Bundesländern der Alpen Adria nennen, die eine gemeinsame demokratische Vorgangsweise zur Lösung von Problemen wählen, über die sie die Entscheidungsbefugnis haben.

Ein Vertrag mit gemeinschaftlicher Funktion beschränkt sich nicht auf den Abschluß einer gemeinsamen Verpflichtung, die dann jeder für sich innerhalb seiner Souveränität in die Tat umsetzt, sondern bezeichnet eine Vorgangsweise, im Rahmen welcher zwei

Allgemeine Bemerkungen

Ich glaube, daß der oben beschriebene Weg zu einer europäischen Region Alpen-Adria der einzig glaubwürdige ist, der vor der Geschichte bestehen kann und der vermeidet, daß die derzeitigen kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Probleme uns in eine Vergangenheit voller Intoleranz, Kriege und Unverständnis zurückführen. Doch genügt es nicht, Vorschläge zu machen und für ihre bestmögliche Verbreitung zu sorgen, auf daß sie sich automatisch verwirklichen. Es muß daran gearbeitet werden, daß sich die politischen und institutionellen Voraussetzungen für ihre Realisierung bilden. Dies wäre die Richtung, die meiner Meinung nach bei der Verwirklichung und Behandlung einiger wichtiger Probleme eingeschlagen werden müßte:

- *Vereinheitlichung der verschiedenen demokratischen Systeme in den Republiken und Bundesländern der Alpen-Adria*, sowohl in bezug auf die Entscheidungsfindung (hier vor allem in der Beziehung Institutionen – zivile Gesellschaft), als auch in bezug auf die Anerkennung der Grundrechte (Umweltschutz, Bürger- Minderheitenrechte). Diese Vereinbarung muß sich das Ziel setzen, eine gemeinsame Basis demokratischer Beziehungen zu schaffen, ohne die ein echter Dialog, der die gesamte Bevölkerung der Alpen-Adria und nicht nur die Regierungen miteinbezieht, unmöglich ist.
- *Diese grundlegende politische Homogenität muß sich auch in eine Übereinstimmung bei den institutionellen und administrativen Systemen umsetzen lassen*. Es muß auf der Ebene der Institutionen bei ein- und derselben Materie zu einer Gleichartigkeit in der Entscheidungsfindung kommen. Außerdem zeigt uns die Erfahrung in der Raumplanung und im Umweltschutz, daß eine grundsätzliche Übereinstimmung der Gesetze und der Reglementierung der technischen sowie technisch-politischen Vorgangsweise vonnöten ist. Das Erreichen dieser Ziele ist

sicherlich nicht leicht. Denn einerseits gibt es zwischen den Staaten, zu denen die Länder der Alpen-Adria gehören, große institutionelle Unterschiede, sie reichen von selbständigen Staaten, über Bundesstaaten (wobei Österreich meiner Meinung nach nur auf dem Papier einer ist), bis hin zum Zentralstaat, der sich teilweise, siehe Italien, in großen Schwierigkeiten befindet. Andererseits verlangen diese Probleme nach einer komplexen Lösung.

Allerdings gibt es heute völlig neue historische Voraussetzungen, die man sofort aufnehmen und weiterentwickeln sollte. Vor allem gibt es jetzt in allen Ländern der Alpen Adria zumindest der Form nach demokratische Systeme. Außerdem streben alle diese Gebiete die Teilnahme am europäischen Einigungsprozeß an, wobei die Gründe dafür sehr unterschiedlich, aber großteils ökonomischer Natur sind. In vielen der betroffenen Staaten findet derzeit ein Prozeß der konstitutionellen Veränderung statt, wie in Italien, wo die Meinungsbildung für die Umwandlung des derzeitigen Zentralstaates in einen Bundesstaat bereits weit gediehen ist. Damit will ich nicht behaupten, daß damit alles leichter würde. Im Gegenteil, die heute vorherrschende politische Kultur setzt eher auf Haß und Ras-

sendiskriminierung, auf Sicherheitszonen zwischen Reich und Arm, usw., alles Grund genug zur Besorgnis. Doch: Im heutigen politischen Kampf von heute liegt die Basis für die Zukunft, und es ist immer von Vorteil, zu wissen, was auf dem Spiel steht.

Deshalb läßt sich heute das Hauptziel unseres Handelns in der Absicht zusammenfassen, innerhalb der Alpen-Adria ein gemeinsames soziales, politisches und administratives Umfeld zu schaffen, innerhalb dessen transnationale demokratische Institutionen entstehen und sich entwickeln können, die in ihrer Gesamtheit den Alpen-Adria-Raum als europäische Großregion auszeichnen können.

Giorgio Cavallo war 10 Jahre lang Abgeordneter der Grünen in dem Regionalparlament von Friaul-Julisch-Venetien.

Der Text ist ein Beitrag zur kontinuierlichen Diskussion über die Gestaltung eines Europa der Regionen, die der Verein Alpen-Adria-Alternativ mit befreundeten Organisationen führt. Übersetzung: Dieter Federspiel.

Nachruf auf die Friedensbewegung

■ von Vlasta Jalušić

Im vergangenen Jahr schrieb Hans Magnus Enzensberger in einem längeren Essay im Spiegel einen "blasphemischen" Satz über die Ohnmacht und das verzweifelte Moralisieren des friedensbewegten Globalismus angesichts der vielen Kriege in der Welt, besonders angesichts des Krieges in Bosnien-Herzegowina: "Nicht Somalia ist unsere

Priorität, sondern Hoyerswerda und Rostock, Mölln und Solingen." Und weiter: "Dazu reichen unsere Handlungsmöglichkeiten, das ist jedem Einzelnen zuzumuten, dafür haben wir zu haften."¹

Sofort und selbstverständlich folgte der Vorwurf, daß das eine nationalistische Äußerung sei, daß es hier um einen

"Rückzug aufs Nationale" gehe, beziehungsweise, wie André Glucksman schrieb: "Nach Jahrzehnten des Dissenses arbeitet die illustre deutsche Intelligenzija nun mit der etablierten deutschen Presse zusammen." Der Hauptvorwurf gegen Enzensberger bestand darin, daß er seine globalistische Position aufgegeben habe und daß er jetzt

denke, daß das, "was Tschernobyl, Moskau oder Belgrad zustößt, den glücklichen Bürger von München oder Vaison-la-Romaine nicht betreffe"². Damit argumentierte man aber am Kern der Sache vorbei.

Denn Enzensberger weist klar auf das Problematische einer hysterischen globalistischen Position hin, die mit ihrer moralisierenden Pose in der Frage der Beendigung des Krieges nichts erreichen kann (weder im politischen noch im moralischen Sinn)³.

Globalismus und Nationalismus

Aber warum erwähne ich diesen Essay Enzensbergers und die Polemik, die ihm folgte? Zunächst deswegen, weil ich gerne einen, meiner Meinung nach traumatischen Punkt hervorheben möchte, der als solcher von einem langjährigen, zwischen den politischen Blöcken lavierenden Aktionismus der westeuropäischen, politisch links angesiedelten Friedensforschungszintelligenz geschaffen wurde.

Das ist natürlich ein Aktionismus, der von bestimmten Voraussetzungen und Kreisen ausging, und vor allem in der Studentenbewegung der 60iger Jahre und deren ideologisch-theoretischen Ausrichtung wurzelte. Es geht um jene Menschen, die einerseits mit dem linken Terrorismus sympathisierten und andererseits innerhalb der Antiatombewegung Gewaltlosigkeit predigten. Das Traumatische an Enzensbergers Äußerungen liegt natürlich darin, daß er das alte, aktivistische Schlagwort "think globally, act locally" umdrehte und nicht nur meint, daß der Mensch als einzelner, als einmaliges Wesen, angesichts des globalen Geschehens vollkommen ohnmächtig ist, ob er sich das eingestehen mag oder nicht. Nein, er meint darüber hinaus, daß die globale Projektion oft nur eine Hysterisierung ist, die im Fall eines blinden Aktionismus keinerlei Wirkung zeigt. Was natürlich nicht heißt, daß die Bewegung daran verzweifeln muß. Sie muß erst dann verzweifeln, wenn sie aus einer globalen Hysterie heraus unempfindlich für die Probleme ihrer näheren Umgebung



wird. Der Leitspruch der Position, mit der ich zum großen Teil übereinstimme, könnte der sein, daß man vor allem "lokal denkt" und nicht bloß "aktiv" ist. Die Niederlage des lokalen europäischen Aktivismus (Aktionismus) zeigt sich nämlich gerade im Krieg im ehemaligen Jugoslawien. Hat dieser doch angesichts der Häufung großer und ferner Konflikte vor dem unendlich nahen kapituliert. (Die Bombardierung des Irak, der genügend weit entfernt ist, konnte die Straßen leicht mit Demonstranten füllen). Nicht zuletzt, und das ist von grundlegender Bedeutung, hat die Bewegung eine ganze Komponente ihres Denkens und Urteilens verloren. Beim Ausbruch des Krieges im ehemaligen Jugoslawien hat es keine Massendemonstrationen mehr gegeben, niemand hat irgend jemanden noch ernsthaft verurteilt ("Gegen wen sollen wir denn demonstrieren?", fragte mich eine bekannte Friedensaktivistin). Wenn sich die Demonstranten im Fall des Irak einstimmig auf seine Seite stellen konnten, bestand die Einhelligkeit im slowenisch-kroatischen-bosnischen Fall im Nichtreagieren. Damals wurde es auch in den Medien zur sozusagen beschlossenen Sache, daß die Friedensbewegung schweigt. Weil sie nicht auf die Straße ging. Und doch ähnelte ihre Reaktion jener auf die Vorgänge im Irak sehr. Beiden Reaktionen gemeinsam war die Forderung nach Antirepressivität.

Im Fall des Irak demonstrierten die Friedensbewegten gegen die amerikanische "Repression" und die Repression der Vereinten Nationen. Im Fall Jugoslawien demonstrierten sie aber nicht aus den gleichen Gründen. Niemand protestierte, solange nicht die Sanktionen gegen Jugoslawien in Kraft traten, ja sie demonstrierten höchstens dafür, diese zu verhindern. Zugleich griff auch niemand die serbische Politik an, die sich erfolgreich hinter dem Konzept des Jugoslawentums versteckte.⁴ "Sie hätten nicht genug Informationen", lautete die Ausrede, "es sei nicht ganz klar, worum es ginge", war die Erklärung, während der Krieg und mit ihm der Totentanz sich ausbreitete. Zugleich waltete aber über allem der Geist des "Mitgefühls aus vollstem Herzen".

Der Haß gegen den Staat

Diese Empathie und negative Toleranz führten so weit, daß es zum Postulat wurde, das von der Mehrheit vertreten wurde, daß man nicht nur für die Opfer des Krieges Verständnis haben müßte, sondern auch für die Täter, für jene, welche den Krieg verursachten. Sie sind ja eigentlich auch "Opfer" einer globalen, eng miteinander verbundenen Großmachtspolitik, der "Realpolitik" und in letzter Instanz der europäischen Politiker vom Typ eines Genscher,

Kohl, Mock, Thatcher usw. Der moralische Katzenjammer (den Krieg konnten wir nicht verhindern, aber wir sehen ihn jeden Tag im Fernsehen) führte manche so weit, daß sie bereit waren, sämtliche, gegen Europa gerichteten Vorwürfe zu schlucken. Hier ist vor allem Deutschland, seine Politiker und seine Menschen zu nennen, welche nun, nach einer Jahrzehnte zurückliegenden kollektiven Schuld, in Sack und Asche gehen, so als ob diese Schuld auch in die Zukunft hineinreichen würde. Dieser moralische Katzenjammer war nicht nur das Resultat des Krieges in Europa, den niemand verhindern hat können, sondern vor allem auch einer tief verwurzelten Denktradition der europäischen linken Intelligenz. Es geht um die Projektion alles Schlechten auf die Macht und den Staat, der der Ursprung alles Bösen sein soll. Ich denke dabei nicht an den Anarchismus, obwohl auch er seinen Anteil an diesem Denken hat, sondern mehr an den an der zivilen Gesellschaft orientierten Aktivismus, der seine Voraussetzungen aus der Überzeugung schöpft, daß die Macht der Bürger alles ist, daß nur daraus das wahrhaft Gute entspringen kann, und daß die Politik, der Staat und die Institutionen an sich etwas Schlechtes, Korruptiertes und Unerwünschtes seien. Das ist natürlich noch nicht alles. Die Politik, der Staat und die Institutionen sind auch ihrer Natur nach etwas Gewalttätiges. Gewalt ist der Macht und dem Staat strukturell eigen, ja noch mehr, sie ist ihre, bzw. seine Voraussetzung. Daraus resultiert auch der spezifische Haß gegen den Staat und die Politik, welche gewöhnlich mit dem Staat identifiziert und dann auch noch personifiziert wird. Die Theorie der Gewaltlosigkeit, die daraus hervorgeht, ist automatisch auch antipolitisch, antietatistisch und antiinstitutionell.

Die Friedensforschung hat ausgiebig dazu beigetragen, indem sie nur eine Seite der Medaille las. Einerseits stützte sie sich auf die "antirepressive", antitotalitäre Theorie, andererseits ließ sie in ihre Reihen auch Scharen von Managern und Konfliktologen eintreten, die vor allem aus den Naturwissenschaften

und der behaviouristischen Psychologie kamen. Es ist kein Zufall, daß sich eine nicht geringe Zahl an Mathematikern und Technikern auf dieses Gebiet eingelassen hat. Die vorherrschenden Überzeugungen wurden von der empirischen Soziologie, der Statistik, der Mathematik (Mengenlehre) übernommen, was für das Nachdenken über Politik genauso schicksalhaft ist wie das Entkommen von geklonten Organismen aus dem Biolaboratorium in die Natur. In diesem Sinn kann man von einer Niederlage des Denkens sprechen, wenn auch nicht im Glucksmannschen Sinn. Es geht um den Verlust des theoretischen Denkens, vor allem in der



politischen Theorie, welche soziologische Muster des gesellschaftlichen Handelns übernommen hat, zugleich aber das ihr eigene Gebiet hintanstellte, nämlich die Politik und deren Mechanismen.

Antipolitik

Die in der empirischen Soziologie vorherrschende Überzeugung, daß politisches Handeln quantifiziert und vor allem vorhergesagt werden kann, bzw. daß es bei politischen Beziehungen um Subjekt-Objekt-Beziehungen geht, begann auch auf diesem Gebiet vorzuherrschen. Der tiefverwurzelte Glaube daran, daß man menschliches Tun in den Kategorienrahmen Mittel-Zweck einordnen könnte, führte zu Konzepten, welche menschliche Beziehungen, vor allem aber die Politik, als reine Techno-

logie betrachteten, die man sozusagen laboratoriumsmäßig ausrichten kann, so daß die Menschen mit der Politik ihre Beziehungen zu den Dingen regeln. Aber nicht nur, daß das menschliche Tun innerhalb dieses Rahmens, der für Verhältnisse zwischen Dingen und Menschen gilt, nicht reguliert werden kann, ein solcher Rahmen kann auch fatale Auswirkungen haben. Die Theorie der Gewaltlosigkeit galt innerhalb dieses Schemas als Mittel, und in diesem Sinn unterscheiden sich die gewaltlosen Konzepte im Prinzip nicht von der Theorie der Gewalt. Die Gewaltlosigkeit als Mittel (ebenso wie Gewalt als Mittel eingesetzt) kann auch gewalttätige Folgen haben⁵. Als Beispiel dafür kann man die Haltung der "Nichteinmischung" in den Krieg in Bosnien-Herzegowina anführen. Eines der Hauptargumente für die sogenannte Nichtintervention in diesem Fall ist, daß eine Intervention eine "neues Vietnam", Gewalt und Krieg nach sich ziehen würde. Als ob der Krieg in Bosnien-Herzegowina nicht schon ungeahnte Ausmaße angenommen hätte und mit aller Kraft wütete⁶. Nur "gewaltlose" humanitäre Hilfe ist annehmbar und auf keinen Fall Waffen zur Verteidigung vor der Ausrottung. Die Bewohner Sarajevos haben die Heuchelei dieses Standpunktes am schönsten enttarnt, in dem sie sagten, daß es ihnen gleich sei, ob sie hungrig oder satt sterben!

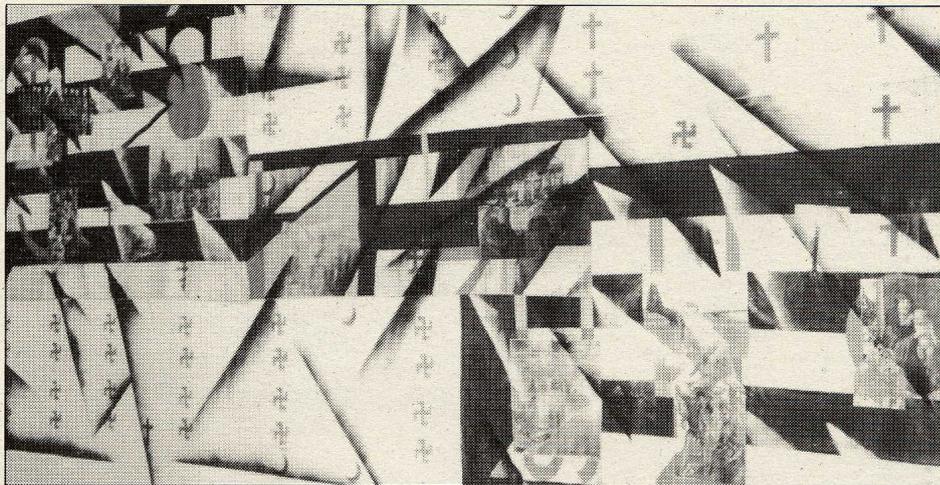
Das theoretische Problem im Hintergrund wurde noch durch einen spezifischen Faktor gestützt: Es ging um die Vereinigung osteuropäischen antipolitischen und antietatistischen Denkens aus der Zeit des Sozialismus (à la Konrads Antipolitik⁷) mit der westlichen "Antirepressivität", der "antiautoritären Bewegung" und der Theorie der strukturellen Gewalt, der man sich nur mit "Gewaltlosigkeit" entgegenstellen kann. Ich möchte hier nicht über die Konsequenzen dieses Prozesses auf den verschiedenen Mikroebenen sprechen, wie es die Familie oder die Schule ist⁸, sondern möchte betonen, daß dies automatisch eine antietatistische Position implizierte. Daß die zivile Gesellschaft gewaltförmig sein könnte und die De-

mokratie totalitär, kam nur selten jemandem in den Sinn (es gab natürlich Theorien der Gewaltfreiheit, die in ihrer extremen Form so weit gingen zu behaupten, daß es keine Gewaltfreiheit gebe, daß sozusagen jeder menschliche Kontakt, einschließlich des Sprechens, schon Gewalt sei.)

Flucht vor dem Denken

Die Austauschbarkeit der Begriffe von Staat und Gewalt führte zur Behauptung, daß jeder Staat Gewalt an sich darstelle. Die Theorie der Gewaltfreiheit, von der Friedensbewegung entwickelt, faßte wegen dieses Staatsverständnisses oder besser wegen der Abwesenheit eines Begriffes vom Staat, der nicht auf Gewalt gründete, jeden Staat und alle Macht automatisch als Gewalt auf, die man a priori zurückweisen muß. Das gleiche galt für die Autorität⁹.

Politik und politische Aktivität wurden als aus zwei Teilen bestehend aufgefaßt: Einerseits galt es, a priori gegen die Macht und den Staat zu sein, aktiv zu sein auf antipolitische Weise. Andererseits war die Politik ein Mittel, ein materialisiertes Nebenprodukt des Aktivismus. Die Politik und der Staat waren seine größten Feinde. Für den Intellektuellen oder den intellektuellen Friedensbewegten war es nicht wichtig, worüber die Politik oder eine Staatsmacht sprach. Wichtig war, daß es die Staatsmacht war, die sprach, und schon deswegen war es falsch und mußte schlecht sein. Dieses aprioristische Verhältnis zur Politik, zu Politikern und zum Staat, und zwar zu jedem Staat, der vermeintlich Unpolitischen (der blinden Aktivisten und apriori Gegnern), hatte sehr konkrete Folgen. Nur so konnten sie sich gegen die vermeintlich rechtslastige europäische Anerkennungspolitik gegenüber den ehemaligen jugoslawischen Republiken wenden (*Diese Anerkennungspolitik!*), weil sie von Personen ihrer politischen Elite anerkannt wurden. Und so unterstützten sie unmittelbar zum Beispiel die sogenannte "Nichteinmischung" der Bush Administration, (was ihnen gar



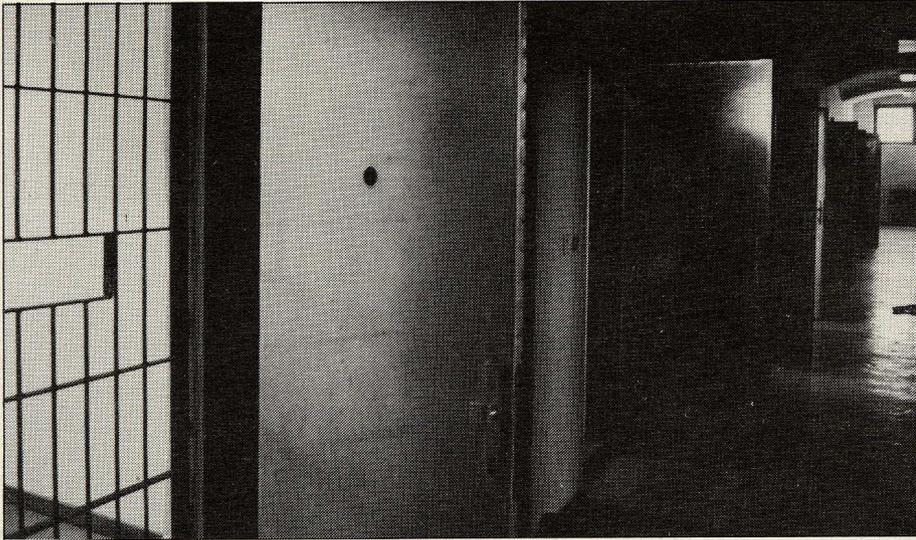
nicht problematisch schien!¹⁰). Ihre antipolitische und antietatistische Einstellung führte sie so weit, daß sie bereit waren, alles zu tun, nur keinen Standpunkt zu beziehen. Gerade deswegen mußten sie unaufhörlich Spektakuläres aus dem ehemaligen Jugoslawien zeigen und Aktivisten anhäufen, die keinerlei politische Macht besaßen, dafür aber eine Publizität, welche sie nicht verdienen. Um ihre eigene Legitimität zu beweisen, weisen sie zum Beispiel darauf hin, daß es in Serbien noch immer oppositionelle Kräfte gibt, die angeblich "demokratisch" sind und den Krieg aufhalten wollen, oder daß es in Kroatien eine starke Friedensbewegung gibt. Über die Lösung, welche die Demokratie im Krieg in Bosnien-Herzegowina herbeiführen soll, habe ich schon geschrieben, und zwar nicht nur in dem Sinn, daß die Demokratie keine Lösung ist, sondern daß die Definition der Demokratie und der Versuch ihrer Einführung den Krieg auslöste.

Die westeuropäische Friedensbewegung hegte Illusionen im Zusammenhang mit der Demokratieentwicklung in Osteuropa. Das Schlagwort "Demokratie" war der Zauberstab für die Veränderungen in Osteuropa¹¹, und es gab keine anderen Konzepte. Deshalb mußte es ein solches Überhandnehmen des Krieges geben, um überhaupt eine Reaktion zu erhalten. Die Friedensbewegung orientierte sich an ihrem status quo als oppositionelle Bewegung und nur von diesem Standpunkt aus konnte sie überhaupt "denken". Sie hat nie versucht, vom Standpunkt der Staaten aus

zu denken. Diese antietatistische Haltung war für die ehemaligen jugoslawischen Republiken schicksalhaft, weil sie objektiv die Politik Miloešević' unterstützte. Das einzig Annehmbare war ein Denken vom Standpunkt der zivilen Gesellschaft aus. Deshalb mußte ihr jeder neue Staat überflüssig scheinen. Sie sahen in jedem neuen Staat nicht den Staat, sondern einen Nationalismus, der dahin führte und der vielleicht gar nicht notwendig gewesen wäre, wenn es eine allgemein europäische antietatistische Haltung gegeben hätte. (Am Beispiel Kroatien: Manche wollten über einen kroatischen Staat überhaupt nichts hören, in ihren Köpfen hatten sie die Gleichung kroatischer Staat = Faschismus, was der Formel deutscher Staat = Nationalsozialismus mancher anderer sehr nahe kommt). Auch hier wird Staat mit Regime vermischt, Nationalstaat mit Nationalismus. Jeder neuentstandene Staat bzw. der Zerfall alter, großer föderativer Staaten war für die westeuropäische Friedensbewegung automatisch ein Schritt zurück, die Osteuropäer aber gingen weiter und mußten einen neuen Staat gründen. Das Echo der westeuropäischen Bewegung war auch dementsprechend. Sie wollten die "universale zivile Gesellschaft" und bekamen sie auch¹².

Manische Depression

Ein weiterer Schluß, den ich aus diesem Nachdenken über die Friedensbewegung ziehen kann ist der, daß der Krieg in Bosnien-Herzegowina jene, die in



der europäischen Friedensbewegung aktiv waren oder zumindest mit ihr sympathisierten, an den Rand einer manischen Depression getrieben hat. Fast jeder Kontakt, den ich in den letzten Jahren mit Menschen aus der europäischen (sprich westeuropäischen) Friedensszene hatte, verursachte in mir die Empfindung, daß sie von einer unsichtbaren Macht getrieben werden, welche sie von Projekt zu Projekt jagt. Als ob sie nur nach vor und nach vor trieben, und nichts könnte sie aufhalten, nichts kann ihnen zu denken geben. Alle fragen nervös und zugleich mit großen Plänen unaufhörlich nach diesem und jenem, nach Kontakten, nach Konferenzen, die stattfanden, nach Aktionen, welche ihnen noch sinnvoll erscheinen. Was glaubst du, was kann man da machen, wie sollen wir uns verhalten, wo sind die "richtigen Leute", mit denen es sich rechnet, Kontakt zu halten? Immer, wenn du sie triffst, versuchen sie dich für ein neues Projekt zu gewinnen, immer haben sie tausend Ideen im Kopf, und unaufhörlich sind sie aktiv, aktiv. ... Frustration muß einen angesichts dieser Hyperaktivität überkommen. Dann gibst du manchmal nach, verlierst ein paar Monate für die Vorbereitung einer Konferenz, die keine Resultate bringt, oder du bist die (der) Herzeigefrau/mann für eine Konferenz, auf der es eine verpflichtende Dreiparteienteilnahme aus dem ehemaligen Jugoslawien (Serbien, Kroatien, Slowenien) gibt. Und du kommst, weil sie dir eben die Reise bezahlen, die du selbst

nicht bezahlen kannst. Dann kommen Journalisten und wundern sich, daß diese Leute überhaupt noch zusammen sitzen, und sie versuchen dich mit ihnen zu fotografieren, um der "Welt" zu zeigen, daß sich die Menschen aus dem ehemaligen Jugoslawien "doch noch miteinander verstehen", beziehungsweise, daß sie sogar noch Kontakt miteinander pflegen und noch immer nicht wie von einem anderen Stern sind. Trotzdem überkommt dich dann und wann das schlechte Gewissen. Und dann beginnst du dich zu fragen, warum dich das schlechte Gewissen bei einem Treffen mit westlichen Aktivisten überkommt, nicht aber beim Treffen mit Menschen aus dem ehemaligen Jugoslawien oder beim Kontakt mit Flüchtlingen aus Bosnien-Herzegowina.

Meistens gibt es keine Resultate, außer daß irgendeine Organisation Geld für Flucktickets oder andere Fahrkarten verbraucht hat. Natürlich gehe ich schon lange nicht mehr auf solche Konferenzen (glücklicherweise bin ich finanziell nicht vom Aktivismus abhängig). Man sammelt Spenden, um der Opposition zu helfen, die Demokratie bringen soll (die berühmten NGOs). Mit diesen geschieht meistens, was mit jeder Entwicklungshilfe geschieht: Sie wird von den fetten Katzen gefressen. Was tun, rufen alle.

Andererseits beginnen bestimmte "äußere Instanzen" (linke oder mitte rechts stehende Zeitungen) zusätzlich zu mo-

ralisieren, sie werfen den ehemaligen Pazifisten vor, "Bellizisten" geworden zu sein, weil sie entweder eine Intervention in Bosnien-Herzegowina zu fordern begonnen haben oder eine Petition für die Abschaffung des Waffenembargos für Bosnien-Herzegowina unterzeichnet haben. Viele wurden mit Märschen nach Sarajewo berühmt, wo sie sich "an Ort und Stelle" und mit eigenen Augen ansehen wollten, was denn dort "wirklich geschieht" (Karawane der Friedens und HCA Aktivitäten). Denn lange, zu lange, hat die europäische linke Friedensbewegung im Zusammenhang mit dem Krieg in Slowenien, in Kroatien und besonders in Bosnien-Herzegowina geglaubt, "nicht genug Informationen" zu besitzen. Und da sie angeblich nicht genügend informiert war, glaubte sie auch, nicht urteilen zu dürfen. Daher stammt die Rede von der "gleichen Schuld aller" für den Krieg, der Terminus von den "in den Konflikt verwickelten Parteien" und der Ausdruck "Bürgerkrieg". Alles Redewendungen, die von der Friedensbewegung meist ohne Zurückhaltung aufgenommen wurden. Was in Wahrheit Urteilsunfähigkeit war, bekam so den Anschein von Uninformiertheit. Zugleich konnte man die Journalisten und die Medien sowohl für den Krieg als auch für diese Uninformiertheit verantwortlich machen, weil sie entweder zu viel oder zu wenig berichteten. Denn die Medien vermittelten angeblich verfälschte Information, weshalb sich nicht einmal die Intellektuellen, geschweige denn die "gewöhnlichen" Leute ein ganzheitliches Bild der Situation machen und dementsprechend reagieren konnten. Es ist verständlich, daß jene, die sich im Kriegsgebiet befinden, ihre Urteilskraft verlieren. Unverständlich und außergewöhnlich gefährlich wird es, wenn sie auch jene verlieren, die in diesen Krieg nicht unmittelbar verwickelt sind.

Der demokratische, humanitäre Tod

Wenn unser Institut Besuch von Studierenden oder neugierigen Friedensbewegten bekam, wurde ich gewöhnlich

gefragt, wo denn die slowenische Friedensbewegung sei. Was ist mit einer Bewegung passiert, die eine der ältesten und in der ihr eigenen Umgebung innerhalb des Sozialismus außergewöhnlich stark war? Ist es möglich, daß es sie jetzt, wo sie am notwendigsten wäre, weil in unmittelbarer Nähe der Krieg tobt, nicht mehr gibt? Was hat denn diese Bewegung überhaupt gegen die Ausweitung des Krieges im ehemaligen Jugoslawien getan?

Wenn ich dann darauf zu antworten versuchte, daß es diese Bewegung praktisch nicht mehr gibt, ja daß sie sich selbst aufgelöst hat, blickte ich in vorwurfsvolle Augen und ein langes Gesicht. (Inzwischen hat auch die westeuropäische Friedensbewegung zumindest teilweise und manchmal zugegeben, daß es die slowenische Bewegung nicht mehr gibt.) Soweit es noch Überbleibsel davon und friedensbewegte Einzelne gibt, befinden sich diese in der gleichen Situation wie alle anderen europäischen Friedensbewegungen: Sie können nur stumm zusehen, was in Bosnien geschieht, sie können sich vielleicht noch Illusionen machen, daß man humanitär helfen kann. Sie haben keinen größeren Einfluß als die Westeuropäer, im Gegenteil, sie sind überhaupt kein politischer Faktor. Zwar könnten sie sich verantwortlicher fühlen und ihr moralischer Katzenjammer müßte größer sein, weil sie geografisch näher dran sind. Doch ist das jetzt nicht von Bedeutung, weil ein moralischer Katzenjammer im politischen Sinn noch nie geholfen hat. Slowenien erhielt mit der Selbständigkeit einen europäischen Status, und daraus resultierte auch ein europäischer Blick auf die Vorgänge in den übrigen Republiken des ehemaligen Jugoslawiens¹³. Damit kamen auch die Friedensaktivisten in die gleiche Situation wie jene in Westeuropa (damit es zu keinem Mißverständnis kommt, hierzu zähle ich auch Österreich, die Schweiz und Skandinavien). Man muß wissen, daß sich die Friedensbewegung in Slowenien am europäischen Kontext orientiert hat und es nicht wenig Einfluß von dieser Seite aus gegeben hat. Die Initiative für ein "Slowenien ohne Heer" entstand vor

allem unter dem Einfluß der Schweizer Kampagne.

Nichtsdestoweniger starb die slowenische Friedensbewegung nicht erst mit dem Beginn des Krieges, sondern lange vorher. Zum großen Teil war dieser Tod das Resultat der eigenen antipolitischen und antistaatlichen Haltung. Ihr Ziel war die pluralistische zivile Gesellschaft, wobei sie sich aber nicht bewußt war, daß sie zugleich mit der zivilen Gesellschaft auch einen Staat anstrebte¹⁴. Sie wirkte innerhalb des Selbstverwaltungssozialismus. In ihrer letzten Eigenreflexion ist zu lesen, daß sich die slowenische Friedensbewegung zum Unterschied von anderen osteuropä-



ischen Bewegungen nicht auf die allgemeine Idee der Demokratie und deren Einführung konzentrierte, sondern daß es dabei um viele Kämpfe um konkrete, alltägliche, spezifische Angelegenheiten ging, welche das "allgemeine demokratische Interesse"¹⁵ konstituierten. Zugleich gab es aber innerhalb des ehemaligen Jugoslawiens nur in der Republik Slowenien eine Friedensbewegung.

Wurde sie also vom Nationalismus gefressen? Nein, wenigstens nicht direkt. Es war vielmehr das mangelnde Bewußtsein darüber, daß auf dem gesamten Territorium Jugoslawiens die Demokratie nicht einführbar ist. Zunächst einmal deshalb, weil Demokratie, im Gegensatz zur Überzeugung ihrer Be-

fürwörter wenigstens in groben Umrissen Homogenisierung auf einem bestimmten Territorium erfordert. Auf dem Territorium Jugoslawiens konnte man aber keine Mehrheiten bilden, weil die Grundverfassung des jugoslawischen Staats in der Herrschaft von "checks and balances" zwischen verschiedenen Minderheiten bestand, wobei die Mehrheiten diese Herrschaft immer als Ungerechtigkeit, als Verfolgung oder Repression empfanden. Der Fall der zahlenmäßig am stärksten vertretenen Serben ist genau der. Die einzigen beiden Republiken, in welchen eine relativ stabile Mehrheit erreicht werden konnte, welche die Grundlage für den Konsens über die Einführung der Demokratie darstellte, waren Slowenien und teilweise Makedonien. Diese Mehrheiten waren nationale Mehrheiten. In allen anderen Republiken begann der Krieg wegen der Demokratie und um ihrer Definition willen¹⁶.

Das Resultat in Slowenien war ein relativ ruhiger (wenn man den kurzen Krieg als unnötige Episode ausnimmt) Abgang aus Jugoslawien und die Errichtung eines neuen Staates. Die Friedensbewegten wurden auf einmal mit der Tatsache konfrontiert, daß der Feind, auf den sie sich so konzentriert hatten, sozusagen einfach gegangen war. Denn die Friedensbewegung war trotz ihrer "Breite" vor allem in den letzten Jahren zuallererst gegen das Militär, gegen die jugoslawische Volksarmee gerichtet. Die Illusion, man könnte den Staat Slowenien ohne Militär errichten, erledigte sich durch die kurze Kriegsepisode von selbst. Ein neues slowenisches Heer wurde gebildet, dessen paradoxe Situation darin bestand, daß sich ihr oberster Repräsentant einst zu den Friedensbewegten zählte. Die öffentliche Meinung, welche zunächst friedensbewegt schien, da die Abschaffung des Militärs unterstützt wurde, stellte sich als zunächst antijugoslawisch eingestellt heraus, nicht aber antimilitaristisch. Genau hier zeigte es sich, daß die Konzentration der Friedensbewegung auf den Militarismus und die Gewaltlosigkeit ihr schwacher Punkt war. Obwohl ein "Feind" ein zeitweilig günsti-



ges Mobilisierungspotential darstellt, weil man die öffentliche Meinung gegen ihn kehren kann, entsteht zum Zeitpunkt seines Verschwindens ein leeres Loch, das mit nichts ausgefüllt werden kann. Die Ausweitung des Krieges in Restjugoslawien war nur Wasser auf die Mühlen der Ideologie und der Bewaffnung des neuen slowenischen Heeres 17. Zugleich verstärkte der Standpunkt der westeuropäischen Friedensbewegung, die den Zerfall Jugoslawiens auf jeden Fall verhindern wollte, nur das Gefühl der Bedrohtheit und damit das Argument, daß es doch gut ist, "sich zu bewaffnen".

Als sich die Überbleibsel der slowenischen Friedensbewegung in der Demokratie wiederfanden, wußten sie zunächst nicht, was sie mit ihr anfangen sollten. Einerseits hatten sie es mit dem eigenen Staat und dem eigenen Heer zu tun, andererseits fühlte sie sich historisch der europäischen Friedensinitiative verbunden, und verfielen mit dieser teilweise der Friedenshysterie, die verlangte "etwas" (was auch immer) im gegebenen Zeitpunkt zu tun, damit der Krieg in Bosnien-Herzegowina aufhört. Sie verfiel der schlechten Dialektik des "Friedensmittlers" und Erklärers, der über keinerlei politische Macht verfügt, weder im eigenen Staat noch international gesehen. Es ging um eine völlig neue Situation: Hatte es im vorherigen System genügt, auch nur den Mund aufzumachen, damit ihr Echo

überall widerhallte, konnten sie jetzt rufen, soviel sie wollten, es hörte sie keiner. Zugleich gestaltete sich das Verhältnis zu den westeuropäischen Friedensbewegungen und zu deren Denken komplizierter, da viele Friedensbewegte in Slowenien zur Auflösung des Waffenembargos aufriefen und vorher noch für die Anerkennung aller jugoslawischen Republiken als internationale Subjekte eingetreten waren. Ein solcher Standpunkt war in den Augen vieler westeuropäischer Friedensaktivisten unannehmbar und nationalistisch, weil er mit ihrem oppositionellen Denken nicht übereinstimmte und ihrer Überzeugung nach "gewaltförmig" und prostaatlich war, während sie sich für Gewaltlosigkeit und die zivile Gesellschaft einsetzten.

Gasthof "Zum ewigen Frieden"?

Die europäische Friedensbewegung des letzten Viertels dieses Jahrhunderts war ein "gewaltloses Projekt", das nur unter bestimmten Bedingungen erhalten werden konnte¹⁸. Diese Bedingungen waren der Kalte Krieg und das atomare Wettrüsten. Sie entstand in einem Krieg, der nicht unmittelbar gewaltförmig war¹⁹. Deshalb mußte sie auch die Theorie der strukturellen Gewalt entwickeln und konnte sich die Illusion über die Unmöglichkeit eines konventionellen Krieges in Europa schaffen. Die Ideologie dieser Friedensbewegung war eine negative, und ihre Legitimation fand sie im Widerstand im Sinne Ghandis, der natürlich weit genug entfernt war, um in jedem Augenblick herbeizitiert werden zu können²⁰. Schließlich stellt sich angesichts dieser Konstellation die Frage, ob nicht die Friedensbewegung immer die Antwort auf einen Krieg ist, woraus folgt, daß eigentlich irgendwo und irgendwie eine neue, urteilsfähige Friedensbewegung entstehen müßte, deren Urteilsfähigkeit die Voraussetzung für politisches Handeln darstellt. Die nichtexistierende Friedensbewegung wird früher oder später irgendwie zugeben müssen, daß es sie nicht mehr gibt. Jene einzelnen, die durch die Welt wandern und den-

ken, daß sie schon deshalb Friedensbewegte sind, weil sie noch immer über Gewaltlosigkeit reden, ähneln jenem Gastwirt bei Kant, der die satirische Tafel "Zum ewigen Frieden" aushängte. Nur daß ihnen die satirische Komponente fehlt.

Eigentlich wollte ich schreiben: "Die Friedensbewegung ist tot. Es lebe die Friedensbewegung!" Aber ich kann nicht. Es klingt mir zu optimistisch.

Übersetzt von A. Haberl-Zemljic

Anmerkungen:

- 1 Hans Magnus Enzensberger: Ausblicke auf den Bürgerkrieg, Spiegel Nr. 25, 21. 6. 1993.
- 2 André Glucksmann: Ein neuer Vogel Strauß, Spiegel Nr. 37, 13. 9. 1993.
- 3 Obwohl seine Position nur die Rückseite des Globalismus darstellt, was dort am offensichtlichsten wird, wo er einen Großteil der Kriege, auch jenen in Bosnien-Herzegowina, Bürgerkriege nennt.
- 4 Die meiner Meinung nach beste Analyse dieses Phänomens findet sich bei Toni Kuzmanic, Understand the War in Former Yugoslavia. Kuzmanic & Truger (ed): Yugoslavia, War ..., 2. Auflage, Peace Institute Ljubljana und ÖSFK Schläining, 1993.
- 5 Ich stütze mich dabei vor allem auf die Gewaltanalyse bei Hannah Arendt, und zwar in ihrem Buch Macht und Gewalt, Pieper, München 1987, 7-59.
- 6 Vgl. Toni Kuzmanic, The so called "Intervention in Bosnia" or "Miloševićism" on the Left and on the Right", Intruder ibid., 6-7.
- 7 Ein sehr populärer Essay aus der Zeit der Opposition gegen den Sozialismus, der sozusagen die Bibel der Ideologie der zivilen Gesellschaft wurde. Vgl. Györgyi Konrad, Antipolitics. Quartet Books, London, Melbourne, New York, 1984.
- 8 Man könnte diese Frage weiterspinnen zum Problem des Rechtsextremismus bei Jugendlichen, welche durch ein nichtrepressives Elternhaus und eine ebensolche Schule gegangen sind, worüber es schon eine Debatte gegeben hat, doch würde mich das in diesem Zusammenhang zu weit weg führen.
- 9 Die Grundlage dafür war die antiautoritäre Theorie. Auch darüber vgl. Hannah Arendt, Was ist Autorität?, in: Fragwür-

dige Traditionsbestände im politischen Denken der Gegenwart. Vier Essays, Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt a. M., 1957.

10 Vgl. Kuzmanić, *ibid.*

11 Darüber genauer in "Kriegsziel Demokratie" in: Krieg in Europa. Analysen aus Ex-Jugoslawien/ Hrsg. Gaisbacher & Co. Linz, Österreich: ed. Sandkorn, Deutschland, Frankfurt/Main, Deutschland: Dipa Verlag, 1992, 84-98.

12 Damit im Zusammenhang steht eine typische Frage, wie sie sehr oft zum Krieg in Bosnien-Herzegowina gestellt wird: Ob nämlich eine Ausweitung des Krieges im Sinn einer Intervention möglich sei und wie gefährlich sie sei. Besorgniserregend ist aber wenig die Ausweitung des Krieges als die Übertragung von Verhaltensmustern, welche dem Krieg in Bosnien-Herzegowina vorausgegangen sind und der Glaube daran, daß die Demokratie schon die Lösung bringen wird. Jedem Krieg geht die geistige Vorbereitung auf diesen Krieg voraus.

13 Und zwar in dem Sinn, wie er von Tomaž Mastnak im Text "An European Dream, Bosnian Nightmare" in der letzten Nummer

des Intruders (*ibid.* 3-4) vorgestellt wurde.

14 Zitat aus den "Mittleuroäischen Perspektiven".

15 Vgl. die Einleitung zur letzten Nummer des Intruders, Jg. 2, Nr. 6, Nov. 1992, 1.

16 Vgl. Vlasta Jalušić, *op.cit.*, 94.

17 Vgl. Vlasta Jalušić, Krieg anstatt Demilitarisierung? Slowenien - kann ein neuer Staat ohne Armee entstehen?, in: Warum Krieg? Dialog, Beiträge zur Friedensforschung, Bd. 22, Heft 1-2/1992.

18 Es wäre doch interessant zu fragen, warum kein Friedensbewegter die Frage nach der Legitimität des bewaffneten (Partisanen) Kampfes gegen die nazistische Okkupation oder im Fall Italiens gegen den Faschismus stellt. Das stellt überhaupt kein Problem dar.

19 "Die Friedenspolitik, die nach dem Zweiten Weltkrieg folgte, war der Kalte Krieg, also die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln, und Atomkrieg kann überhaupt nicht mehr als "Mittel" betrachtet werden, es sei denn als "Selbstmordmittel für die ganze Welt." (Hannah Arendt, Macht und Gewalt; *ibid.* 13).

20 Die Rolle Ghandis in der Friedensbewegung ähnelt jener Mao Tse Tungs und Castros in der Studentenbewegung. Sie waren so weit weg, daß man sie um Hilfe rufen konnte. Auch darüber schrieb Hannah Arendt, als sie auf die Ideologie der Studentenbewegung zu sprechen kam: "Eingekeilt zwischen beiden Supermächten und von Ost und West gleichermaßen enttäuscht, ist es 'kein Wunder, daß (die Studenten) sich einer dritten Ideologie verschrieben, wie sie Mao oder Fidel Castro anzubieten haben' (Spender). Ihre Rufe nach Mao, Castro, Che Guevara und Ho Tsch Minh klingen wie pseudoreligiöse Beschwörungen, mit denen man nach dem Retter ruft, der aus einer anderen Welt erscheinen möge; sie würden auch nach Tito rufen, wenn Jugoslawien weiter weg und weniger leicht erreichbar wäre", *op.cit.*, 25.

Vlasta Jalušić ist Soziologin und Mitarbeiterin des Friedensinstitutes in Ljubljana.

Soziale und historische Hintergründe für die Schwäche der Opposition: Serbien – Widerstand gegen den Krieg

■ Von Christine von Kohl

Die sogenannten "Friedensverhandlungen" für Bosnien-Herzegowina führen zu nichts. Offensichtlich hat Europa nichts verstanden von dem, was sich am Balkan abspielt. Ein "Frieden", der die Teilung Bosnien-Herzegowinas in Nationalitäten zum Ziel hat, ist undurchführbar. Ein Frieden, der auf dem, was die Aggressoren – besonders der serbische Aggressor – gewollt und erreicht hat, baut, ist eigentlich eine kriminelle Angelegenheit.

Es kann keinen "Frieden durch Teilung" geben in dieser Region, wo jede

Familie buchstäblich gemischt ist, wo gemischte Nationalitäten, gemischte Religionen der Normalzustand sind. Man kann sie nicht trennen, um dadurch Frieden zu schaffen. Es geht nicht.

Keine Lösung ohne Serben

Wie auch immer wir die Verantwortung der serbischen politischen Führung analysieren und erkennen, es gibt keine Lösung ohne die Serben – weder für

Bosnien-Herzegowina noch überhaupt am Balkan. Mit den Serben muß gelebt werden, d.h. es muß mit den Serben gelebt werden können. Es besteht die Gefahr, daß die internationale Gemeinschaft, die selbst mitschuldig geworden ist durch Untätigkeit, einen Prügelknaben braucht. Und es besteht die Gefahr, daß man diesen Prügelknaben in einer Kollektivschuld des serbischen Volkes sieht.

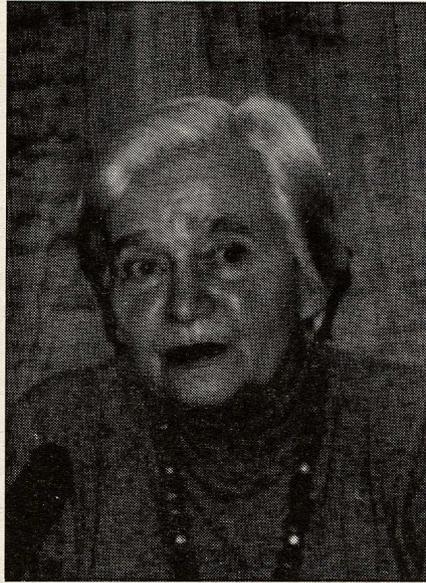
Deshalb finde ich es wichtig, darüber zu informieren, daß es in diesem Serbien von heute eine zwar fast nicht

hörbare, aber trotzdem sehr aktive außerparlamentarische Opposition gibt. Die Opposition, die in viele unselige politischen Parteien aufgesplittert ist, die zum größten Teil im Parlament einen Sitz haben, lasse ich aus. Sie sind, von meinem Standpunkt aus gesehen, uninteressant, denn sie ist genauso nationalistisch orientiert, und infolge dessen ist sie kein Faktor für eine Zukunft des Zusammenlebens verschiedener ethnischer Gruppen in dem Raum, der einmal Jugoslawien war.

Die wirkliche Opposition, die unabhängigen Organisationen, weisen ein interessantes Phänomen auf, nämlich, daß die meisten von Frauen geleitet werden oder daß die Frauen die Initiatoren sind. Ich bin selber nichts weniger als eine Feministin, ich sage das deshalb, weil es einfach ein Faktum ist. Ein Faktum, daß aber auch einiges über die sozialen Hintergründe der Nicht-Opposition und der existierenden Opposition erklären kann.

Historische Traumata und ihre Folgen

Es wird immer wieder mit einem gewissen Recht die Frage gestellt, warum gibt es in Serbien keine Opposition? Und damit meint im Ausland eine Opposition, die man hören würde. Es gibt eine ganze Reihe von Gründen oder von Erklärungsmöglichkeiten für diese unhörbare Opposition. Eine Begründung ist meines Erachtens die, daß man im Zwischenkriegs-Jugoslawien, keine Demokratie gelebt hat. Opposition, das waren damals im wesentlichen die Kommunisten, führte ins Gefängnis. Das heißt, Opposition ist in dem Bewußtsein der Bevölkerung nicht ein politisches Verhalten, das konstruktiv ist und das zu etwas führt, sondern es führt ins Gefängnis. Nach dem Krieg, in der Zeit des kommunistischen Jugoslawien, war es nicht besser. Sehr brutal wurde mit den Resten einer demokratischen Opposition von 1945 bis 1947 abgerechnet, und sie wurde total eliminiert. Dann kam 1948 die ganz schreckliche interne Abrechnung der Kommunisten, als Tito mit Stalin brach, und nicht alle Kommunisten bereit oder fähig waren,



Christine von Kohl bei einem Vortrag in Villach

sofort ebenfalls dieses Idol des kommunistischen Internationalismus einfach fallenzulassen. Und er schickte sie zu Zehntausenden, die die das eben nicht mitmachen wollten, auf die Adria-Insel Goli otok, die nackte Insel. Das vielleicht zusätzlich Gespenstischste an diesem Goli otok war, daß die Menschen, die dort zum Teil zehn Jahre und mehr verbracht haben, nicht nur unterschreiben mußten, daß sie nicht dort gewesen sind, daß sie darüber nicht schreiben und nicht sprechen dürfen – das hat es in vielen anderen Gefangenenlagern auch gegeben – sondern das wirklich Gespenstische ist, daß sie es wirklich nicht taten.

Nach Titos Tod hat die Tageszeitung Borba ein ganzes Jahr lang jeden Tag eine ganze Seite von Zeugenberichten von Goli otok veröffentlicht, aus denen hervorging, daß in vielen Fällen Ehemänner ihren Frauen nicht, Väter den Kindern nicht, Söhne den Eltern nichts erzählt haben über diese Zeit. Es hat auch Fälle gegeben, wie aus diesen Berichten hervorging, daß die Freigelassenen überhaupt nicht zurückgekehrt sind zu ihren Familien, sondern in die Wälder gegangen sind und dort irgendwie vegetiert haben oder ganz wo anders versucht haben, eine neue Existenz aufzubauen. Das ist ein Trauma der Gesellschaft geworden. Eine solche Erfahrung muß wohl Aggressionen auf-

stauen, die auch zu Exzessen führen können, wenn ihnen die Möglichkeit gegeben wird, auszubrechen. Dieser Krieg war offenbar eine solche Möglichkeit.

Patriarchalische Tradition und Gegenwart

Ein anderer Faktor hinter dieser Schwierigkeit der Opposition scheint mir zu sein, es ist ja eine sehr patriarchalische Gesellschaft, besonders die serbische. In einer patriarchalischen Gesellschaft sind alle Menschen darauf programmiert, daß einer sagt, was gemacht werden soll. Wenn der etwas sagt, dann ist das auch das Richtige und man folgt ihm. Eine Opposition dagegen zu entwickeln, ist ein schwieriger, ein langsamer Prozeß. Ob nun der Führer einer solchen patriarchalischen Gesellschaft der Familienvorsteher oder ein Kaiser oder ein König oder ein Tito oder ein Milošević ist, das ist den Leuten schon relativ gleich. Eine Autorität repräsentiert für sie Ordnung, und gegen Ordnung macht man keine Opposition. Das mag einer der Hintergründe dafür sein, daß es keine wirkliche politisch-soziale Opposition gegen das Milošević-Regime, das diesen Krieg zu verantworten hat, gibt.

Die Opposition, die es gibt und von der ich spreche, das ist eben jene der Frauen, die in dieser Gesellschaft keine wirkliche Rolle gehabt haben, keine positive, keine aktive Rolle. Sie waren in der Familie, in der Gesellschaft eigentlich nichts. Das ist umso erstaunlicher, als diese Frauen ja als Partisaninnen im 2. Weltkrieg gekämpft haben mit der Waffe in der Hand so wie die Männer. Sie haben getötet oder wurden getötet. Swaren keineswegs nur, wie es in der jugoslawischen offiziellen Geschichtsschreibung heißt, die Krankenschwestern und die Köchinnen im Krieg. Keine einzige von ihnen hatte öffentlich protestiert gegen die verfälschte Darstellung ihrer Rolle im Partisanenkrieg. Sie bestanden nicht auf ihrem Recht, auch in der Geschichtsschreibung richtig geschildert zu werden. Diese Frauen erzogen ihre Kinder wieder nach dem alten Muster. Sie erzogen sich Söhne,

die Ehemänner mit denselben Problemen für ihre künftigen Frauen sein werden, wie sie es selbst erlebt haben. Sie erzogen Töchter, die wieder die Sklavinnen im Hause sein werden. Es hat sich trotz der gesetzlichen Gleichberechtigung, die das kommunistische Regime den Frauen gab, weder die Gesellschaft sich geändert noch das Bewußtsein der Frau. Es hat sich aber in der Zeit, wo sie die Rechte hatten und auf die Universität gehen konnten und alle möglichen Berufe ausüben konnten, doch eine Frauengesellschaft entwickelt, die sozusagen ein Gegenpol zur Männergesellschaft geworden war. Frauen diskutierten miteinander auf gutem Niveau über dieselben Dinge, über die die Männer mit ihnen gar nicht sprachen, über Politik, Wirtschaft, Fragen des Arbeitsplatzes usw..

Frauen gegen den Krieg

Als der Krieg gegen Slowenien ausbrach, kam es zum von Frauen organisierten Friedensmarsch um das serbische Parlament in Belgrad. Als dann der Krieg auch in Kroatien begann, kam es wieder zu spontanen Demonstrationen. Gegen die Angriffe auf Dubrovnik demonstrierte man auf den Straßen in Belgrad. Es gab schon seit Januar 1992 wöchentliche Anti-Kriegstreffen in einem Belgrader Theater. Es war eine zivile Widerstandsbewegung gegen den Krieg. Heute noch entzünden Gruppen von Frauen jeden Mittwoch abends Kerzen vor dem Parlament in Belgrad. Sie sammelten damals Unterschriften gegen den Angriff auf Dubrovnik, wo 70.000 Leute eine Petition unterschrieben. Sie haben im Laufe der folgenden Monate eine ganze Reihe von Aktivitäten gesetzt, z.B. ein Jazz-Konzert im Frühjahr 1992, an dem 50.000 Leute teilnahmen. In den serbischen Massenmedien kein Ton darüber. Dann haben sie am 31. März desselben Jahres einen sogenannten schwarzen Schleiermarsch gegen die Verwüstung Sarajewos organisiert. Am 14. Juni hieß es das letzte Geläut gegen die Kriegspolitik der Regierung. Es gab Demonstrationen, die die Helsinki-Citizens-Assembly gemeinsam mit Friedens-

gruppen gegen die Politik der ethnischen Säuberungen organisierte.

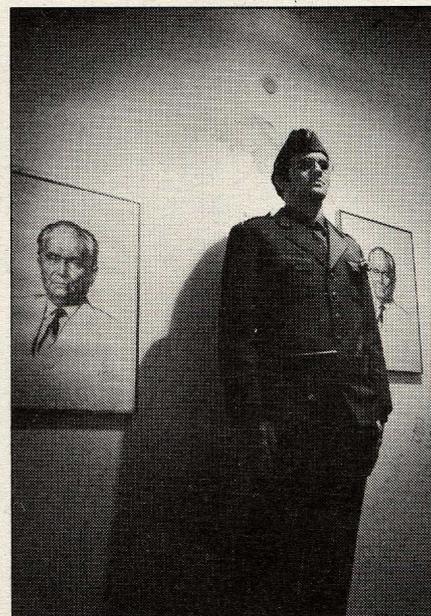
Trotz dieser Aktivitäten ist die Opposition ziemlich isoliert, und das liegt auch an den Medien.

Ein Krieg der Medien

Die Massenmedien in Serbien sind absolut verschlossen für alles, was dem Milošević-Regime gegenüber kritisch sein könnte. Die einzigen kritischen zwei Sender, ein Programm des Fernsehens und ein Rundfunkprogramm, werden nur in Belgrad gesehen. Herrn Milošević und seinen Freunden ist diese Art von Kritik und Opposition ganz gleichgültig, denn er stützt sich ja auf die Leute auf dem Lande. Dort sind sehr viele Menschen sehr schlecht gebildet, und sie sind der konsequenten Berieselung mit Propaganda restlos ausgeliefert. Ohne diese Methode der Non-stop-Berieselung mit Hetzpropaganda wäre der Krieg nicht denkbar. Zuerst ging es gegen die Albaner.

Tag und Nacht hörte man immer dasselbe Programm, nämlich, daß die Kosovo-Albaner die serbischen Frauen vergewaltigen. Die Kosovo-Albaner verwüsten die serbischen Friedhöfe. Die Kosovo-Albaner vertreiben mit Gewalt die serbischen Bauern usw. Dann waren es die Muslime. Da wurde ständig erzählt, daß die bösen Muslime in Bosnien einen fundamentalistischen islamischen Staat errichten wollten, in dem für die christlich-orthodoxen Serben kein Platz ist. Dann ging man so weit, daß man anfang, den Krieg zu führen. In Slawonien glaubten die serbischen Soldaten, ihnen stünden Deutsche gegenüber. Man muß sich versuchen vorzustellen, was in den Gehirnen von Menschen vorgehen kann, die ständig solchen totalen Lügen ausgesetzt sind. Wenn man ihnen oft genug erzählt, daß ihre Frauen von den verschiedensten anti-serbischen Ethnizitäten vergewaltigt werden, daß alle Leute in der nächsten Umgebung nur den einen Gedanken haben, ein Genozid am serbischen Volk zu verüben. Was natürlich auch ein historisches Trauma aus der 2.-Weltkriegs-Zeit war und ist.

Nur ein anderes Serbien als das von



Milošević kann ein Faktor des Friedens werden. Es ist ungeheuer notwendig, daß man von außen auch dazu beiträgt, daß ein anderes politisches Bewußtsein in diesem Serbien entstehen kann. Eine der vielen Methoden, die man dabei anwenden könnte, ist auch vom Westen restlos versäumt worden. Warum hat man nicht schon längst angefangen, mit Hilfe von einem Satelliten ein alternatives Informationsprogramm in diese Länder, nach Serbien und Kroatien, hineinzustrahlen? Und zwar kein intellektuelles Programm, sondern eines wie es die Serben selber machen mit viel Volksmusik, mit sehr einfachen Texten dazwischen, aber mit den richtigen und mit den anderen Informationen. Warum tut der Westen das nicht?

Ich glaube, es ist absolut notwendig, daß wir alle endlich akzeptieren, daß auch die Serben Menschen sind, daß es unter ihnen große Unterschiede gibt und daß sie unentbehrlich für einen Frieden sind. Wir müssen ein Serbien finden, mit dem gelebt werden kann.

Dieser Text beruht auf einem Vortrag, den Christine von Kohl im November 93 in Villach gehalten hat.

Die Kerzen in Metelkova brennen noch immer

■ von Doris Pollet-Kammerlander

In der Nacht vom 10. auf 11. September 1993 kam es in Ljubljana zu einem für die Zeiten des gesellschaftlichen roll-back ziemlich unüblichen Ereignis: 200 Menschen aus der Kultur- und Alternativszene zogen quer durch die Stadt und besetzten die im Zentrum liegende Metelkova-Kaserne der früheren Jugoslawischen Volksarmee.

Heute, ...

... ein halbes Jahr später, ist Metelkova jedenfalls europaweit das größte Gelände, das besetzt gehalten wird und zugleich das größte Jugend- und Kulturprojekt. Die ehemalige Kaserne beherbergt inzwischen 150 Gruppen. Es ist ein buntes Set von autonomen Frauen- und Behindertengruppen über KünstlerInnen, die sich in den kargen Räumen ihre Ateliers und Ausstellungsräume schaffen, bis zu Projekten psychosozialer Betreuung und Medienarbeit. So ist im tiefen Winter und demonstrativ in den Tagen, als wieder einmal der Strom abgedreht war, Radio Student, der älteste nichtkommerzielle Radiosender Europas, in seine neuen Produktionsstätten in Metelkova eingezogen.

“Metelkova hat bewiesen, daß Toleranz und Spontaneität nicht am Ende sind, die Kerzen von Metelkova brennen noch immer”, schreibt Leo Seserko, Philosophieprofessor, Aktivist zur Schließung des Kernkraftwerkes Krsko, grüner Fraktionsführer im Parlament und kurzzeitig stellvertretender Ministerpräsident der ersten frei gewählten Regierungskoalition. Er ist einer der vielen Prominenten aus Kunst, Kultur und Politik, die als Zeichen der Solidarität und Unterstützung eine Nacht im Gästeraum von Metelkova verbringen. “1001 Nacht” heißt die Ak-



tion, in deren Rahmen jede Nacht eine Veranstaltung, eine Lesung, Performance oder ein Konzert stattfindet; im Anschluß daran übernachtet der/die Protagonistin im Gästeraum, der von einem Antiquitätenhändler sparsam mit den notwendigsten Möbeln ausgestattet wurde.

“Die Öffentlichkeit ist überlebensnotwendig”, klärt uns Marco Hren auf, “denn nur so ist Metelkova in ständiger Erinnerung und im Mittelpunkt öffentlicher Aufmerksamkeit.” Neben unzähligen Jazz- und Rockkonzerten und Performances fanden auch zwei von allen Gruppen gemeinsam vorbereitete und organisierte Festivals statt, eines über die Frage der gesellschaftlichen Integration Behinderter und ein Anti-Nazi-Festival. Das nächste Festival befaßt sich mit Öko-Design, wobei der Bogen vom umweltfreundlichen Auto bis zur

Alternativenergie reicht. Unterstützung erhalten sie dabei vom Vorsitzenden des parlamentarischen Ausschusses für Wissenschaft und Forschung. Metelkova genießt aber überhaupt die Unterstützung des Kulturministeriums wie das Wohlwollen des Ministers persönlich.

Gewaltfreiheit und Toleranz ...

... sind die Prinzipien von Metelkova, ebenso das Eintreten gegen jede Form von Rassismus, Sexismus und Antisemitismus. Nicht immer war es in den Monaten der Besetzung leicht, diese Prinzipien durchzusetzen. Gleich bei Beginn der Besetzung hat sich die Rockergruppe Eisenkreuz gemeldet. Aber die anfängliche Skepsis konnte überwunden werden, die “Eisenkreuz-

ler" akzeptieren nicht nur die Prinzipien von Metelkova, sie halten sich auch an die Regeln und haben inzwischen in Eigenleistung einen Teil der demolierten Kantine für ihren Klubbetrieb aufgebaut. Nicht so die Skins, auch sie baten am Anfang um Aufnahme, der ihnen unter denselben Bedingungen gewährt wurde, aber oftmalige Verstöße gegen die Regeln wie Prinzipien führten dann zum Ausschluß. Ein öffentlicher demonstrativer Eklat, ein gewaltsamer Zusammenstoß ausgerechnet mit internationalen Gästen des Friedensinstitutes führte zu einer depressiven Infragestellung des gesamten Projektes bei den MitbegründerInnen der ersten Stunde. Aber gerade die ständige Auseinandersetzung zwischen Gewalt und Toleranz, zwischen gewaltsamer Durchsetzung von Machtansprüchen und einem von Solidarität geprägten Verständnis von Autonomie und Verschiedenheit (Multikulturalität) fordert der Ort heraus und prägt das Projekt.

Die Kaserne war das Hauptquartier der früheren jugoslawischen Volksarmee für Slowenien und einen Teil Kroatiens. Hier war das 5. Regiment stationiert, hier war das Quartier des Generalstabes. Von hier aus erging der Befehl zur Intervention der Volksarmee gegen Slowenien, von diesem Ort nahm der Krieg in Jugoslawien seinen Ausgang.

Das "Netzwerk Metelkova" wurde von Marko Hren initiiert und hatte seinen Ursprung in der Initiative "Slowenien ohne Armee", in der Marko Hren bereits eine zentrale Rolle spielte. 1989 wurde nach Schweizer Vorbild die Initiative gegründet und wurde anfangs laut Umfragen auch von 60–70 Prozent der Bevölkerung unterstützt. Zudem herrschte ein allgemeiner gesellschaftlicher Konsens darüber, daß das Heer in den Städten nichts verloren habe. In diesen Zeitraum fällt die Gründung des Netzwerkes, dem sich vor allem Friedensgruppen, autonome Frauengruppen, Homosexuellengruppen, alternative Verlage, Radio Student und KünstlerInnen anschlossen. Die Motivation der meisten Gruppen war die Aussicht, Räumlichkeiten für ihre Treffen und ihre Tätigkeit zu bekommen. Es stand



weniger eine bestimmte Ideologie im Vordergrund als das praktische und dringende Bedürfnis nach eigenen Räumen.

Mit dem Golfkrieg und dem Angriff gegen Slowenien kam dann der Meinungsumschwung. "Es stellte sich heraus, daß für die Mehrheit der SlowenInnen Antimilitarismus sich auf die jugoslawische Volksarmee bezog, nicht aber auf ein eigenständiges slowenisches Heer", resümiert Vlasta Jalušić vom Friedensinstitut in Ljubljana. Aber der kurze Krieg zwischen Slowenien und Rest-Jugoslawien wirkte sich zwar negativ auf die Initiative "Slowenien ohne Heer" aus, verbesserte aber auf der anderen Seite die Position des Netzwerkes "Metelkova".

Im Herbst 1991 zieht die jugoslawische Volksarmee ab und die Kaserne ist leer. Erste seriöse Verhandlungen mit der slowenischen Regierung beginnen und lassen die InitiatorInnen des Netzwerkes hoffen. Erst nach Wochen ist das Gelände betretbar, nachdem unvorstellbare Mengen an Minen und hochexplosivem Material, das beim Abzug zurückgelassen wurde, weggeräumt sind. Ende 1991 findet der erste offizielle Rundgang durch das Gelände in Begleitung des Komitees für Menschenrechte und des slowenischen Verteidi-

gungsministers Janez Janša statt. Seit 1992 werden von den Mitgliedern des Netzwerkes bereits Pläne zur Nutzung und Adaptierung angefertigt. Bei den in Verhandlung stehenden Gebäuden (ungefähr ein Drittel des gesamten Kasernengeländes) handelt es sich um 5.600m² Nutzfläche bzw sieben Gebäude, die alle zur niedrigen Charge (Schule, Garagen, Teile der Infanterie, Kantine und das ehemalige Militärgefängnis) gehörten. 1992, nachdem das slowenische Heer für seine Zwecke ein geeignetes Gelände außerhalb der Stadt gefunden hat, kommt es zu einem Vorvertrag zwischen dem slowenischen Staat und der Stadt Ljubljana über den Kauf dieses Drittels des ehemaligen Kasernengeländes. In einem eigenen Artikel wird auf die Absprachen zwischen der Regierung und den VertreterInnen des Netzwerkes über die Nutzung der Gebäude verwiesen. Doch während die Stadt Pro-forma-Zusagen macht, verhandelt sie gleichzeitig mit Baufirmen über eine mögliche Neunutzung des hoch bewerteten Geländes. Im September 1993 möchten die Gruppen des Netzwerkes nicht mehr länger warten und stellen der Stadt ein Ultimatum, das diese überraschend akzeptiert. Sie verspricht die Übergabe des Geländes für den 15. September. Am 9. Septem-

ber 1993 fahren die Bulldozer in Metelkova auf und beginnen Gebäude zu demolieren. In der Nacht von 10. auf 11. September formiert sich in der Altstadt von Ljubljana ein bunter Zug, von einem Szenelokal zum anderen wächst er auf 200 TeilnehmerInnen an, die schließlich Kurs auf Metelkova nehmen und das Gelände besetzen. Sofort wird mit den nötigsten Aufräumarbeiten begonnen, die 1. der 1001 Nächte beginnt. Als die Stadt Ljubljana den Strom und das Wasser abdrehet, ziehen die Gäste und BewohnerInnen von Metelkova eines Samstags morgens quer durch die Stadt zum Magistrat, um sich dort demonstrativ zu waschen und Zähne zu putzen. Der Strom und das Wasser werden wieder eingeschaltet: ein paar Wochen später wiederholt sich dasselbe Spiel. Fast ohnmächtig agiert die Stadt Ljubljana, die öffentliche Meinung applaudiert nicht den Apparatschniks im Rathaus. Bei aller Verschiedenheit der gesellschaftlichen Strömungen ist das Ansehen der Friedensgruppen, der Frauen und anderer aufgrund der Rolle, die die zivile Gesellschaft in den achziger Jahren beim Umbau des politischen Systems in Slowenien gespielt hat, zu hoch, ihr politisches Agieren zu stark in der Öffentlichkeit präsent, als daß sich die Besetzung einfach diskreditieren ließe.

“Metelkova ist das multikulturelle Epizentrum, aber derselbe Geist, der Mostar und andere bosnische Städte zerstört hat, ist dahin zurückgekehrt, wo der Krieg seinen Ausgang genommen hat, und versucht, Metelkova zu zerstören”, so beschreibt Marko Hren bildhaft das Ansinnen der Stadt Ljubljana. 1995 findet der europäische Kulturmonat in Ljubljana statt, und Metelkova könnte eine bedeutende, wenn auch unkonventionelle Rolle spielen. “Jedenfalls”, befindet Marco Hren, “steht der Ruf der Stadt am Spiel”. Aber interessanterweise scheint die Meinung in der Stadtregierung durchaus gespalten zu sein, denn Metelkova wird sowohl von der Kulturstadträtin als auch vom Stadtrat für territoriale Verteidigung unterstützt. Über alle Parteigrenzen hinweg, so hat es den Anschein, findet das Netzwerk “Metelkova” seine Un-

terstützerInnen und repräsentiert damit eine Vielfalt gesellschaftspolitischer Strömungen. So schreibt der ehemalige slowenische Außenminister Dimitrij Rupel ins Gästebuch von 1001 Nacht: “... Kasernen erwecken unangenehme Erinnerungen, und ich bin dafür, möglichst viele Kasernen in Kulturstätten zu verwandeln ... Die Kultur von Metelkova ist nicht meine Kultur, aber ich achte sie, ich nehme sie an und ich liebe sie. Für die Mehrheit der Leute in Ljubljana ist es möglicherweise etwas Dunkles und Gewaltvolles, aber hier leben viele Menschen, die Frieden wollen ... wenn Metelkova jemals Teil der offiziellen Kultur wird, werde ich mich mit Wehmut an die Andersdenkenden und an die abenteuerlichen Abende erinnern.”

Mut und Einfallsreichtum ...

... zeichnen eine der ungewöhnlichsten Besetzungen Europas aus. Nebst dem vielfältigen Kulturprogramm sorgen drei Pubs und drei Bars für zusätzlichen Betrieb, und im ehemaligen Militärgefängnis ist eine Jugendherberge im Begriffe zu entstehen. Das Gefängnis ist Ausstellungsort wie Projekt und Objekt in einem. Unter dem Motto “Aus(einander)stellen-Zusammenstellen” wächst ein Projekt heran, das sich ständig verändert. In den einzelnen Räumen, den früheren Zellen, arbeiten verschiedene KünstlerInnen an Skulpturen, Ausstellungsobjekten und Bildern. Begonnen wurde mit einer Fotoausstellung über den “Slowenischen Frühling”, das waren jene Ereignisse im Frühjahr 1989 rund um die Jugendzeitschrift “Mladina”, – die Verhaftung ihres Redakteurs und jetzigen Verteidigungsministers Janez Janša, die Demonstrationen und Solidaritätskundgebungen und schließlich die Freilassung von Janša – die zur politischen Umwälzung und 1991 zu den ersten freien Wahlen führten. Die Zelle, in der Janša damals die Zeit seiner Inhaftierung verbrachte, war mit einem überlebensgroßen Foto von ihm ausgeschmückt. Aber, so Marko Hren doppelbödig, “die Zeit des Frühlings ist vorbei”. Die Fotoausstellung wird langsam abgebaut.

Als erstes weicht das große Foto von Janša und wird durch zwei Bilder, die Mostar vor und nach der Zerstörung zeigen, ersetzt. In einem anderen Raum wird eine Skulptur aus Ziegelsteinen aufgebaut, im nächsten wird gerade gepinselt. In einer Mauerlücke der Außenwand (von der mutwilligen Zerstörung durch die Stadt im September 1993) steht eine Kerze. Sie ist Symbol für den Krieg und gleichzeitig Verbindungsglied zu großen Fotos aus Mostar, die am anderen Ende des Ganges aufgestellt sind. Die Kerze steht für Urbizid. Das Wort “Urbizid” wird in Anlehnung an Genozid geprägt. Neben Genozid existiert Urbizid. Stadt, Leben, Raum und Kultur der Stadt wird in diesem Krieg systematisch zerstört, ausgelöscht und vernichtet, so wird Leben vernichtet.

Mit der ständigen Veränderung von einem Raum zum nächsten und in den verschiedenen Ausstellungsstücken soll das Gebäude stückweise wieder aufgebaut und zur Jugendherberge adaptiert werden, wobei die Zellen möglichst in ihrem Charakter erhalten bleiben sollen. Ein Raum soll als Ausstellungsraum erhalten bleiben, aber ständig den Veränderungen der Geschichte und der Zeit angepaßt werden.

Angesprochen auf den ungebrochen scheinende Zuversicht nach vielen Jahren des friedenspolitischen Engagements, der Enttäuschungen angesichts der Aufrüstungs- und Militarierungspläne der slowenischen Regierung, der zerbrochenen Freundschaft zwischen ihm und Janez Jansa, meint Marco Hren, es seien nicht die Illusionen, sondern die Visionen, die uns Kraft und Ausdauer gäben.

Doris Pollet-Kammerlander
ist Mitarbeiterin von *Alpen-Adria-Alternativ* in Graz.

OTVORENA VRATA (Offenes Tor)

Liebe Freundinnen und Freunde!

Erlauben Sie, daß wir uns vorstellen. Wir sind eine Bürgerinitiative, die im Arbeitskreis OTVORENA VRATA (Offenes Tor) organisiert ist. Wir sind hauptsächlich Künstler/innen, Maler/innen, Bildhauer/innen, Theater- und Filmregisseure sowie Vertreter/innen der Angewandten Künste. Wir arbeiten auch mit Wissenschaftler/innen aus verschiedenen Bereichen zusammen.

OTVORENA VRATA hilft Menschen in der Periode des Übergangs realsozialistischer Gesellschaften und des Kampfes um die Errichtung der zivilen Gesellschaft, durch kreative Tätigkeiten, Erziehung und Geselligkeit die alltäglichen Schwierigkeiten leichter zu bewältigen.

Unser Ziel ist es, Kontakte zwischen Flüchtlingen und Vertriebenen mit den Einheimischen zu entwickeln. Insbesondere möchten wir die Erziehung zur

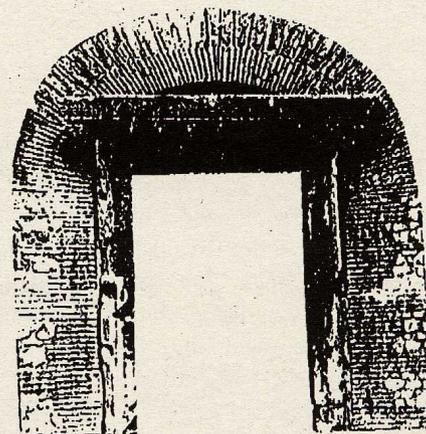
Integration von Behinderten fördern.

OTVORENA VRATA hilft bei der Organisation und Verbreitung künstlerischer, kultureller, humanitärer, pädagogischer und wissenschaftlicher Aktivitäten, von Profis wie von Laien.

Die Gründer/innen von OTVORENA VRATA sind hauptsächlich in ihrem Metier anerkannte Persönlichkeiten, die am künstlerischen, kultruellen und wissenschaftlichen Leben ihrer Umgebung beträchtlich Anteil nehmen.

Wir möchten mit ähnlichen Organisationen sowie mit Person mit ähnlichen Interessen in der ganzen Welt zusammenarbeiten. Wir bieten wissenschaftlichen und kulturellen Erfahrungsaustausch (angewandte Künste, Theater und Film) und bitten um intellektuelle, materielle wie auch emotionale Unterstützung unserer Bemühungen.

Wir halten das antike Tor unserer Stadt Split für jeden, der mit ähnlichen Vorhaben kommt, voller Liebe geöffnet.



Vida Tučan
Vorsitzende

OTVORENA VRATA,
Marasovia 61/7
CRO-58 000 Split/Kroatien
Telefon: ++ 385 58 41068
Fax: ++ 385 58 365 033

Friedensbewegung in Serbien

Die Aktivitäten der Friedensbewegung in der (ehemals autonomen) Provinz Vojvodina in Serbien (Neues Jugoslawien) sind bei uns kaum bekannt.

Doch ist diese Bewegung sehr rege, und sie versteht es auch, internationale Kontakte zu knüpfen, wie der folgende Bericht zeigt.

1. Vom 14.-28. August 1993 nahmen Mitglieder der Friedensbewegung Vojvodina an der SIDU (Die erste Sommerschule für Dialog und Verständigung zwischen den Religionen) teil. Die Sommerschule

fand in den Städten Sjenica und Novi Pazar im Südwesten Serbiens in der Region Sandžak statt. Es gab Diskussionen über verschiedene Religionen (im weiteren und engerem Sinn des Wortes) und Probleme, mit denen die Gläubigen in diesem Gebiet konfrontiert sind. Die Veranstaltung hatte internationalen Charakter mit Gästen aus der Ukraine, Rußland, Bulgarien, Mazedonien, U.S.A., Großbritannien, Australien, Moldavien und Jugoslawien. Unter den Vortragenden be-

fanden sich Leute wie Sima Cirковиć, Mark Viler, Miladin Životić, Dimitrij Kaležić, Milan Prodanović, Ivan Colović, Žarko Korać usw.

2. Vom 30. August-2. September sammelten Mitglieder der Friedensbewegung Vojvodina (PMV) Unterschriften für eine Unterschriftenliste, in der sie die Vereinfachung des Imports von Medikamenten forderten. Während der Dauer von vier Tagen wurden 1.500 Unterschriften gesammelt. Der Appell wurde dem

Generalsekretär der UNO, dem Komitee für Sanktionen, der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und dem UN-Hochkommissariat für Flüchtlinge (UNHCR) zur Kenntnis gebracht.

Bücher für Sarajevo

3. Seit 17. September 1993 sammelt PMV ständig Bücher und andere Publikationen, um die National- und Universitätsbibliothek in Sarajevo, die abgebrannt wurde, zu reaktivieren. Die Aktion läuft unter dem Motto: "Bücher für Sarajevo". Sie schließt sich einer Initiative geflüchteter Autoren aus Sarajevo an und ist ein Teil einer weitverbreiteten europäischen Aktion.
4. Am 23. September 1993 fand im Büro der Friedensbewegung in Novi Sad eine öffentliche Debatte über "Intellektuelle und der Krieg" statt. Gäste dieser öffentlichen Diskussion waren Mitglieder des Belgrader Intellektuellenzirkels: Prof. Miladin Živković, Prof. Aljoša Mimica, Prof. Mirodrag Županc usw. Die Diskussion wurde von dem Journalisten Ljubiša Nikolin aus Novi Sad geleitet. Zur gleichen Zeit wurde das Buch "Intellektuelle und der Krieg", das von einem der Gäste verfaßt worden ist, präsentiert.
5. Anfang September veranstaltete PMV zusammen mit dem Zentrum für Kunsterziehung für Kindern und Jugendlichen Vojvodina einen Wettbewerb der besten Kunstwerke von Kindern. Das Thema lautete: "Kinder für den Frieden". Der Hauptsponsor dieses Projekts "Kin-



Der Kern der Friedensbewegung in Novi Sad, Vojvodina

der für den Frieden" ist die Soros Foundation. Wir möchten gerne diese Ausstellung zu einer bleibenden Einrichtung ausweiten.

6. Seit August finden jeden Mittwoch und Sonntag um 17 Uhr Gebete für den Frieden während ökumenischer Messen in Novi Sad statt. Die Gebete werden jeweils in verschiedenen Kirchen abgehalten, und sowohl alle religiösen Gemeinden als auch Mitglieder der Friedensbewegung nehmen daran teil.
7. Am 25. November 1993 fand im Büro der PMV eine Ausstellung von Kinderzeichnungen zu dem Thema: "Kinder für den Frieden" statt. Die Ausstellung wurde von der Soros Stiftung, Jugoslawien, unterstützt. Für den Wettbewerb wurden 462 Zeichnungen eingereicht. 87 Zeichnungen davon wurden für die Ausstellung ausgewählt. Schüler aus allen Grundschulen und Kinder aus Kindergärten von Novi Sad nahmen daran teil. Zur Eröffnung gab es ein musikalisches Programm und eine Theateraufführung für die Kinder. Außerdem erhielten sie Schokolade und Kekse, die von der Firma VIK in Vrsac gespendet wurden. Das Hauptziel der Ausstellung bestand darin, den Kindern eine positive Einstel-

lung zum Frieden und eine negative Einstellung zum Krieg zu vermitteln. Leider schenkten die Massenmedien dieser Ausstellung nur wenig Aufmerksamkeit. Offensichtlich gibt es noch immer welche, die gegen den Frieden sind.

Eine "Friedensbrücke" entsteht

In Zusammenarbeit mit dem Zentrum für Frieden, Gewaltlosigkeit und Menschenrechte, Osijek (Kroatien), setzt sich PMV für das Projekt "Versammlungshaus" ein. Deshalb trafen sich verschiedene Organisationen vom 29.–31. Oktober 1993 in Mohacs. Das Meeting wurde von der Schweizer Organisation "Friedensbrücke" und der Friedensvereinigung Mohacs organisiert. Das Projekt hat das Ziel, allen Opfern des Krieges im ehemaligen Jugoslawien zu einem neutralen Platz zu verhelfen, wo sie sich treffen können. (Es gibt viele Flüchtlinge auf beiden Seiten, die von ihren Familien und Freunden getrennt sind.) Eine Teilaufgabe des Projekts besteht darin, Diskussionen unter den Flüchtlingen verschiedener Nationalitäten und Kriegsparteien anzuregen. Wir glauben daran, daß Diskussionen zu fairen Lösungen führen können und wenn dies noch möglich ist, zu einem neuen gemeinsamen Zusammenleben.



PEACE MOVEMENT OF VOJVODINA



Zagreb feiert die Teilung

■ von Drago Hedl in Osijek

Dieser Beitrag analysiert ausführlich die (kroatischen) Voraussetzungen, die zu der jüngsten serbisch-kroatischen Annäherung geführt haben.

Welchem Wandel die kroatische Politik in den letzten Jahren auch immer ausgesetzt war, eine ihrer Facetten blieb unverändert: der Triumphalismus. Euphorie wurde zur unvermeidlichen Begleiterin aller politischen Schritte Kroatiens, sowohl im Inland als auch im Ausland. Da die interne politische Polarität ständig zunimmt und das Land einem neuen Krieg entgegensteuert, ist es nur wenig verwunderlich, daß die Selbstbeweihräucherung Zagrebs einen neuen Höhepunkt erreicht hat. Sie ist der sicherste Indikator einer drohenden Katastrophe.

Propaganda und Wirklichkeit

Nach dem Wahlerfolg des Jahres 1990 und der Proklamation einer neuen Verfassung bezeichnete Präsident Franjo Tudjman Kroatien als das demokratischste Land der Welt. Stolz auf den angeblich enormen internationalen Ruf des Landes begann er vom kroatischen "Wirtschaftswunder" zu schwärmen. Das sind mutige Ansprüche für ein Land mit einschneidender Repression der Medien und Abnahme der Gehälter von 1000.- auf 120.- DM während der letzten drei Jahre.

Das erstaunlichste offizielle Statement ist aber die Aussage, daß Kroatien als Folge der serbischen Aggression nicht ein Drittel seines Staatsgebietes verloren hat, sondern zwei Drittel davon befreit hat. Dieses Argument, das zuerst im Parlament aufgetaucht ist, wurde später von Tudjman insofern perfektioniert, als er erklärte, daß, wenn man das kroatische Meer ins Staatsgebiet einbezieht, nur mehr 10% anstatt 30% des kroatischen Territoriums be-

setzt ist. Bei solchen Gedankengängen scheint der Hauptslogan der regierenden Kroatischen Demokratischen Union (HDZ) während des Präsidentenwahlkampfes 1992 irgendwie logisch, wenn auch nicht ganz glaubhaft: "Vom Sieg zum Wohlstand."

Aber keines dieser Statements erreichte den Triumph, den die neueste Annahme der Security Council Resolution 871, welche das Mandat der UNPROFOR in Kroatien für weitere sechs Monate verlängert hat, auslöste. Zuerst wurde die Öffentlichkeit mit Anti-UNPROFOR-Argumenten überschüttet (Einige "spontane" Protestaktionen gegen die UN wurden organisiert). Aber danach wurde die Resolution 871 als eines der größten Erfolge der kroatischen Diplomatie bezeichnet. Das staatlich kontrollierte Fernsehen und andere Medien wetteiferten untereinander, aufs höchste zu preisen, daß das Security Council alle kroatischen Forderungen akzeptiert hat. Wie ist dies zu erklären? Tudjmans Hauptziel war, daß die Resolution die internationalen Sanktionen gegen Jugoslawien von der Situation in Kroatien abkoppelt. Kommentatoren forderten als Bedingung für die Annahme der Resolution die Öffnung von Kommunikations- und Transportverbindungen. Aber eine nüchterne Analyse aller vierzehn Punkte der Resolution zeigt, daß sie nicht mehr ist als

eine gekürzte Fassung aller vorhergegangenen Resolutionen über das ehemalige Jugoslawien. Serbien und Sanktionen werden gar nicht erwähnt und es gibt nur ein neues Detail: das Mandat der UNPROFOR Truppen muß nun zwischen Kroatien, Bosnien-Herzegovina und Mazedonien aufgeteilt werden.

Diese Teilung erzeugt die Illusion, daß die Probleme in Kroatien leicht gelöst werden können, wenn der Krieg in Bosnien beendet ist. Es wird folgendermaßen argumentiert: Ist Bosnien einmal aufgelöst, wird die internationale Gemeinschaft ihre volle Aufmerksamkeit zu Zagrebs Nutzen auf Kroatien lenken.

Man gibt sich dem Irrglauben hin, daß das bosnische Modell nicht in Kroatien installiert wird. Denn die

Abwicklung des Krieges in Bosnien zeigt, daß die internationale Gemeinschaft alle Prinzipien toleriert, von denen sie ursprünglich behauptet hat, daß sie sie nicht tolerieren würde, besonders die Änderung der Grenzen durch Gewalt und ethnischen Säuberungen. Internationale Gesetze wurden durch das "natürliche" Gesetz ersetzt: Dem Sieger die Beute. Es besteht kein Grund, daß der Owen-Stoltenberg-Plan für Bosnien nicht als ein neues universelles Prinzip für den Balkan angenommen wird. Tatsächlich ist Kroatien ein wunderbares Experimentierfeld, um

Was tut der Westeuropäer angesichts des größten geopolitischen Umsturzes seit Jalta? Nichts. In den Wahlkämpfen herrscht Schweigen. Die Maastricht-Befürworter haben sich vorübergehend abgemeldet, beschäftigen sich mit der Währung im Jahr 2000, wenden den Blick ab vor dem Chaos vor der eigenen Tür. Bei den Gegnern das gleiche Schweigen. Man schließt sich ein, zu zwölf oder allein. Und wenn die jugoslawischen Geschütze donnern, wird das Schweigen ohrenbetäubend.

André Glucksmann

dieses Modell zu testen. Knin Krajina, die serbisch besetzte Region in Kroatien, entspricht in etwa den secessionistischen bosnischen Regionen der Republik Srpska oder des kroatischen Bosnien-Herzegovinas.

Wenn auch der Triumph über die Resolution 871 schwer zu erklären ist, ist die der Erklärung vorausgegangene Kritik Zagrebs an den UN leichter zu verstehen. UNPROFOR war der ideale Sündenbock für die Nichterfüllung einiger Wahlversprechen. Flüchtlinge sind besonders unzufrieden. Während der Wahlkampagne wurde ihnen versprochen, daß sie spätestens bis 15. August in ihre Heimat zurückkehren können. Nun steht ihnen ein dritter Winter im Exil bevor. Tatsächlich ist es UNPROFOR, was stark zu kritisieren ist, nur gelungen, eine ihrer Aufgaben in Kroatien zu erfüllen, die Einhaltung des Waffenstillstandes. Der Entwaffnung paramilitärischer Verbände standen viele Hindernisse entgegen. Die Aktionen der kroatischen Armee rund um die Maslenica-Brücke im Jänner dieses Jahres lieferte den Serben einen idealen Vorwand, um sich der Waffen aus einem Waffenlager unter UNIPROFOR Kontrolle zu bemächtigen. Die letzten militärischen Zusammenstöße um Ogulin und Karlovac zeigten, wieviele Waffen sich in serbischer Hand befinden. Sogar Zagreb wurde mit einer Bodenrakete angegriffen, um zu beweisen, daß sich kein Teil des kroatischen Territoriums außerhalb der Reichweite serbischer Artillerie befindet.

Teile und herrsche

In dieser Situation war die kroatische Politik gegenüber den besetzten Gebieten immer etwas schizophren: ein bißchen Verhandlung, ein bißchen Krieg. Diese Politik spiegelt den politischen Gärungsprozeß innerhalb Kroatiens wieder, besonders die schweren Differenzen innerhalb der Regierungspartei. Die HDZ ist stark gespalten zwischen einem sogenannten liberalen Flügel unter der Führung von Stjepan Mesić, dem Präsidenten des kroatischen Parlaments, und einem radikalen Flügel Vladimir Seks, dem Vizepräsidenten. Der

radikale Flügel hält alle wichtigen Positionen im Staat und die Mehrheit in den Distrikten. Aber Tudjman ist sich bewußt, daß er leicht seine parlamentarische Mehrheit verlieren und die Regierung stürzen könnte, wenn er die Mesić-Fraktion fallen läßt. Entsprechend der Meinung einiger Analytiker erlaubt diese interne Spaltung Tudjman leichter zu regieren. Er dürfte sogar den Konflikt schüren, damit keine Seite die Oberhand gewinnt. Auf dem letzten Parteitag der HDZ jonglierte Tudjman geschickt zwischen den rivalisierenden Flügeln hin und her, sorgfältig darauf bedacht, es sich nicht mit einem Flügel gänzlich zu verderben.

Der Triumph über die Resolution 871 dürfte daher möglicherweise den Sinn haben, den Mesić-Flügel zu stützen, und vielleicht sogar Tudjman die Möglichkeit zu geben, die von der UNO kontrollierten Gebiete (UNPAs) friedlich wieder in das politische und gesetzliche Systems Kroatien zu integrieren.

Die Politik der Hardliner ist aussichtslos

Denn falls sich schließlich die Hardliner durchsetzen, würde dies höchstwahrscheinlich zu einer kroatischen militärischen Offensive entlang der Autobahn, die Ost- mit Westkroatien verbindet, zwischen den Städten Nova Gradiska und Novska führen. Seit über zwei Jahren haben serbische Truppen 30km dieser Straße, die eine lebensnotwendige Ost-West-Verbindung ist, besetzt. Eine Offensive gegen sie würde fast sicher zu einem neuen serbisch-kroatischen Krieg führen.

Peter Galbraith, der US-Botschafter

Die Namen "Bosnien und nachjugoslawische Katastrophe" stehen heute nicht nur für die objektive Wirklichkeit der Vertreibungs- und Zerstörungsfeldzüge. Diese Namen stehen für einen spezifischen Stachel, der eine uns eigene wunde Stelle, ein fast unheimliches politisch-ethisches Versagen des Westens resensibilisiert.

Zoltan Szankay

in Kroatien, warnte, daß Kroatien von niemandem Hilfe zu erwarten habe, wenn es einen neuen Krieg beginne und damit keine Chance habe, ihn zu gewinnen. Es ist eine wohlwollende und of-

fensichtliche Warnung. Während des letzten begrenzten kroatischen Krajina-Krieges, in dem unter anderen die Städte Karlovac, Ogulin, Zadar stark zerstört und Zivilisten getötet wurden, gab es nur wenig internationale Reaktion. Aber niemanden in Kroatien schien dies zu stören. Ebenso dürfte die Warnung Galbraiths nun auch nicht allzu ernst genommen werden.

Hausgemachte politische Probleme könnten ebenso die Balance zwischen Krieg und Frieden kippen. Konfrontiert mit einer Inflation von 30 % im Monat legte Ministerpräsident Nikica Valentić einen harten Wirtschaftsplan auf. Er trifft sicherlich jene am meisten, denen es schon jetzt sehr schlecht geht, und einige Gewerkschafter haben bereits mit Streik gedroht. Soziale Spannungen spiegeln sich im neuesten Auszug der Liberalen Partei, der größten oppositionellen Gruppe, die laut Meinungsumfragen bereits über der HDZ liegt, aus dem Parlament aus Protest gegen die Weigerung der Regierung angekündigte Gesetze zur Liberalisierung der Mediengesetze zu erlassen, wider. Die Demokratische Partei Istriens und die Dalmatinische Aktion schloß sich dem Auszug an.

Selbstverständlich wird die kroatische Politik auch von Belgrad abhängen. Der serbische Präsident Slobodan Milosevic wird wohl gezwungen sein, Zugeständnisse zu machen, wenn er eine Lockerung der Sanktionen erreichen möchte.

Der Bruch mit Vojislav Seselj kündigt vielleicht eine Wende in der Bel-

grader Politik an. Tudjman ist einer der wenigen Politiker, denen Milošević tatsächlich getraut hat, und er dürfte bald eine weitere Chance erhalten, diesen Glauben zu prüfen.

Tudjman hat noch nicht begriffen, daß er und nicht Milošević die Schlüssel über das Schicksal Bosniens in Händen hält. Wenn Kroatien sich mit Bosnien verbündet hätte und Serbien Widerstand entgegen gesetzt hätte, wäre Milošević in eine Ecke gedrängt worden. Statt dessen glaubte Tudjman, daß man mit Milošević verhandeln könnte,

und hat sich dadurch zu einer Reihe grober Fehler verleiten lassen. Tudjman verhandelte über Bosnien, um Herzeg-Bosna zu erhalten und opferte gleichzeitig ganz Bosnisch-Posavina und Zentralbosnien, Gebiete, die von zweimal soviele Kroaten bewohnt werden, als Mate Bobans secessionistischer Bananenstaat. Schlimmer jedoch ist, daß er Milošević so sehr traute, daß er der Teilung Bosniens zustimmte, ohne zu bedenken, daß er die Aufspaltung eines Staates akzeptierte – ein sehr gefährlicher Zündstoff für Zagreb.

Schließlich ist Kroatiens Politik durch diese Strategie halbherziger Versprechungen und kleine Diebstähle von Bosnien auf dasselbe Niveau wie die serbische Politik gesunken und der Welt fällt es immer schwerer, zwischen beiden Staaten zu differenzieren.

*Aus: Balkan-War-Report 22/1993.
Übersetzung: Waltraud Lechner*

Der serbisch-kroatische Dialog braucht Ihre Unterstützung

Wir können nur sehr wenig gegen den schrecklichen Krieg im ehemaligen Jugoslawien unternehmen, aber das Wenige wollen wir doch tun!

Gorski Kotar ist die einzige Region Kroatiens, wo Serben und Kroaten die Barrikaden abgebaut haben, bevor ein Schuß fiel und wo ein friedliches Miteinander über ethnische Grenzen hinweg gelebt wird. In dieser Zeitschrift berichten wir regelmäßig über diese Region.

Damit dieses Beispiel in andere Gebiete ausstrahlen kann, ist die Errichtung einer Friedensschule geplant, in der Kinder und Jugendliche aus Kroatien wie aus dem Ausland mit kreativen und künstlerischen Methoden ein friedliches Zusammenleben lernen sollen.

Wir bitten Sie: Unterstützen Sie die geplante Friedensschule durch eine Spende oder den Ankauf von Kunstwerken: Grafiken von Jugendlichen oder Künstlern, ab ÖS 1.400,- erhalten Sie ein Kunstwerk als Gegenleistung. Bitte bei der Überweisung die genaue Adresse und den Vermerk "Friedens-



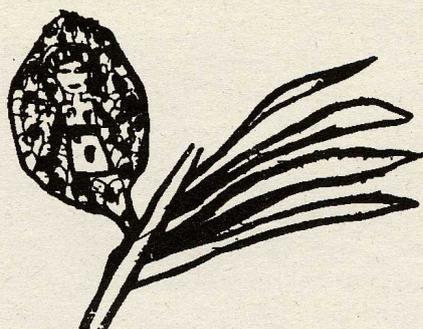
Das ist Josip Butković, Maler und Grafiker. Der international bekannte Künstler (Ausstellungen in Japan, Deutschland, Frankreich, Polen, Spanien, Italien u. a.) lehrt an der Hochschule für Bildende Künste in Rijeka. Er unterrichtet auch die Kinder von Mrkopalj und ist quasi der "spiritus rector" der Friedensschule. Er bemüht sich vor allem um deren künstlerische Ausrichtung.

schule" nicht vergessen! Wenn Sie weitere Informationen über den Friedensprozeß in Gorski Kotar brauchen, senden wir Sie Ihnen gerne zu.

Unterstützerkonto: Konto: Alpen-Adria-Alternativ Bank Austria, BLZ 20151 Konto-Nummer: 422 847 616
Kennwort: Friedensschule

Das Projekt Friedensschule Gorski Kotar

Seit Jahren bestehen in der Grundschule von Mrkopalj (eine 8-jährige Gesamtschule) spezielle Kurse für kreatives Arbeiten (Malerei, Kunsthandwerk und Musik), die von auch international bekannten Künstlern gehalten werden. Nun besteht der Plan, eine kreative "Friedensschule" einzurichten. Sie soll, wie die Initiatoren schreiben, "den Kindern helfen, sich von veralteten Vorstellungen von Krieg und den Gründen, die ihn rechtfertigen, zu befreien, aber auch von den Ängsten und Folgen, die der Krieg besonders bei Kindern hervorge-



rufen hat." Die Arbeitsweise der Friedensschule könnte man so charakterisieren: Friedens- und Umwelterziehung zu betreiben, nicht durch trockene Lehrmeisterei, sondern durch Umsetzung der Themen in tänzerische, musikalisch, literarische und vor allem bildnerische und spielerische Ausdrucksformen. Sie soll den Kindern helfen, gewaltfreie Konfliktlösungen zu lernen. Eine ständige Werkstätte soll entstehen, die aus der bisherigen außerschulischen Aktivität hervorgeht. Folgende Aktivitäten sind in der Friedensschule geplant:

- Nachmittagsaktivitäten für die Kinder der Grundschule von Gorski

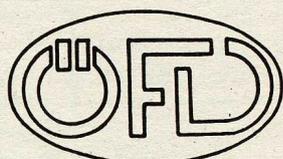
Kotar (Die Grundschule in Kroatien dauert von 6 bis 14 Jahren).

- Wochenendwerkstätten für Kinder aus ganz Kroatien und dem Ausland
- Veranstaltungen, Friedensversammlungen, Ausstellungen und Werkstätten für andere Zielgruppen.
- künstlerische, bildnerische, architektonische sowie spielerische Aktivitäten auf dem Gebiet des kreativen Schreibens.

Die Gemeinde Mrkopalj hat ein ehemaliges Bergsteigerheim am Ortsrand zur Verfügung gestellt, das allerdings erst renoviert werden muß. Gegenwärtig ist die Kulturvereinigung "Gorani" gerade dabei, ein detailliertes Konzept für den ersten Betrieb der "Friedensschule" zu entwickeln.

Adresse:

Društvo za nadarenu djecu "Gorani", Mrkopalj, Školska ulica bb.



Österreichische Friedensdienste
Plattform zur Förderung von Friedensarbeit

Rundbrief 1/94

P.b.b., Kranich Nr. 3

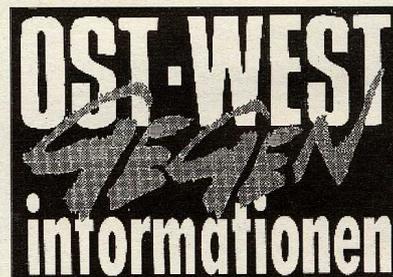
Verlagspostamt: 5020 Salzburg

Der Kranich

Der Verein "Österreichische Friedensdienste"

ermöglicht es österreichischen Zivildienern, ihren Dienst in einem Krisengebiet im Ausland, z.B. im ehemaligen Jugoslawien, abzuleisten. Damit besteht die Chance, wirklich etwas Sinnvolles mit der Zivildienst-Zeit anzufangen und einen Beitrag zum Frieden zu leisten.

Nähere Informationen und eine eigenen Informations-Rundbrief gibt es bei: Friedensprojekt Gmunden/Markus Pühringer, Theresinthalstraße 71/1, A-4810 Gmunden, Tel. 07612/73 988.



Heft 1/94 soeben erschienen:

Bosnien-Herzegowina: Nationalismus und Krieg

mit Beiträgen von

Z. Smajic, H. Baksic, H. Sundhausen, D. Sokolovic, M. Orsolic, C. Promitzer, M. Sunjic, C. Samary u. a.

Bestellungen an: Ost-West-Gegeninformationen c/o Dezentrale, Propkopig. 2/I, A-8010 Graz.

Preis: ÖS 40.- + Porto.

Angewandte Bodenerosionsforschung in Österreich und in Kroatien

■ Von Othmar Nestroy

Die Bodenerosion durch Wasser, unter der die durch Eingriffe des Menschen ermöglichten und durch Wasser oder Wind ausgelösten Prozesse der Ablösung, des Transportes und der Ablagerung von Bodenpartikeln verstanden werden (V. Prasuhn, 1991), wurden lange Zeit und werden z. T. auch noch heute als eine nur lästige Begleiterscheinung intensiver Bodenbewirtschaftung angesehen, deren Beseitigung eigentlich nur in den Kompetenzbereich des Bauern fällt; mit anderen Worten, nur dieser hat sich um die Beseitigung der Schäden auf seinem Acker zu kümmern.

Dies mag heute zum Teil noch stimmen, doch dieses Ereignis wird dann problematisch, wenn angrenzende Felder, Wege und Straßen in Mitleidenschaft gezogen werden, kurzum, wenn die Öffentlichkeit mit diesem Problem konfrontiert wird. Damit vollzieht man auch die erforderliche Trennung zwischen Erosionsphänomenen, die direkt auf der Fläche auftreten, Onsite-Schäden genannt, von jenen, die außerhalb der von der Erosion erfaßten Ackerfläche sichtbar sind, den Offsite-Schäden.

Lange Zeit konzentrierte man sich nur auf die unmittelbaren Folgen und deren Beseitigung auf landwirtschaftlich genutzte Flächen, während die außerhalb liegenden Schäden kaum ins Gewicht fielen und deshalb auch kaum Beachtung fanden.

Mit zunehmender Aufschließung des ländlichen Raumes, dem zunehmenden Bedarf an Flächen und einer intensiveren Nutzung überhaupt – auf dies soll dann in der Folge Bezug genommen werden – kam es zwangsläufig zu einer verstärkten Betrachtung der Off-site-Schäden, wie z. B. der Überdeckung mit Bodenmaterial von angrenzenden Flächen, der Behinderung

im Straßenverkehr, Schäden an Gebäuden und Sportanlagen sowie Beeinträchtigung von offenen Gewässern; auf letztgenannte soll dann im zweiten Teil speziell eingegangen werden.

Auf alle Faktoren, die für die Erosion von Bedeutung und nur zum Teil vom Menschen steuerbar sind, kann hier nicht eingegangen werden; sie sind auch nicht Gegenstand dieser Abhandlung. Von besonderer Wichtigkeit ist jedoch – und das lassen alle Berechnungen wie auch Messungen im Gelände erkennen –, daß eine Minimierung der Erosion schon auf der Fläche erfolgen muß, nicht erst im Bereich des Unterhanges bzw. am Feldrand gegen den Vorfluter. Wir müssen präventiv, nicht kurativ vorgehen, sollen die erosionsmindernden Maßnahmen auch greifen!

Nach dieser allgemeinen Einführung in die Problematik der Bodenerosion sollen zunächst einige Hinweise über die Versuchsflächen in der Steiermark gegeben werden, dann aber ein Projekt in Istrien (Kroatien), das seitens des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung unterstützt wird, zur Darstellung kommen.

Seit rund 4 Jahren werden vom Verfasser an drei Versuchsstationen (Kirchberg am Walde, Nestelbach bei Graz, Siebing im Saßbachtal) Messungen der Niederschlagsmenge und -intensität, des abgetragenen Bodenmaterials und der oberflächlich abgelaufenen Wassermenge durchgeführt. Dies geschieht auf Versuchspartellen, die nach gleichen Plan angelegt sind, jedoch auf denen eine unterschiedliche Fruchtfolge betrieben wird. Besonderer Wert wird dabei auf erosionshemmende Maßnahmen gelegt, wie Dauerbegrünung, Direktsaat und Minimalbodenbearbeitung. Da diese Versuche praxis-

orientiert und praxisnahe angelegt sind und auch, wie die "Werkstatt des Bauern", unter freiem Himmel stattfinden, lassen die bislang sehr unterschiedlichen Meßergebnisse noch keinen deutlichen Trend ableiten, aber schon soviel erkennen, daß eine dauernde Bodenbedeckung günstigste Wirkungen erwarten läßt.

Ein internationales Sanierungsprojekt

Aufgrund dieser Untersuchungen in der Steiermark wurde der Verfasser eingeladen, an einem internationalen Projekt, das, wie schon erwähnt, auf der Halbinsel Istrien liegt, mitzuarbeiten. International kann es deshalb genannt werden, da neben den Fachkollegen aus Kroatien auch solche aus Ungarn, Italien und Österreich zur Mitarbeit eingeladen sind.

Dieses Projekt soll nun etwas näher vorgestellt werden.

Für die Trinkwasserversorgung von Istrien (vgl. Abbildung 1), speziell für die Versorgung der zahlreichen Sommergäste mit einwandfreiem Wasser für Trink- und Reinigungszwecke, wurde 1987 der Butoniga-Staudamm geschüttet und auf diese Weise der Butoniga-Stausee geschaffen.

Der Damm, dessen Basis bei 25 m über NN und dessen Krone bei 44,7 m liegt, weist eine Länge von 576 m auf. Bei einer Normalstauhöhe bis 41 m über NN ergibt sich ein Seevolumen von rd. 19,7 Mio. m³, das in der Lage sein soll, den Bedarf für die kommenden 25 Jahre in der Höhe von 2.000 l/sec zu decken. Das Einzugsgebiet dieses Stausees umfaßt eine Fläche von rd. 73 km² in Seehöhen zwischen 40 und

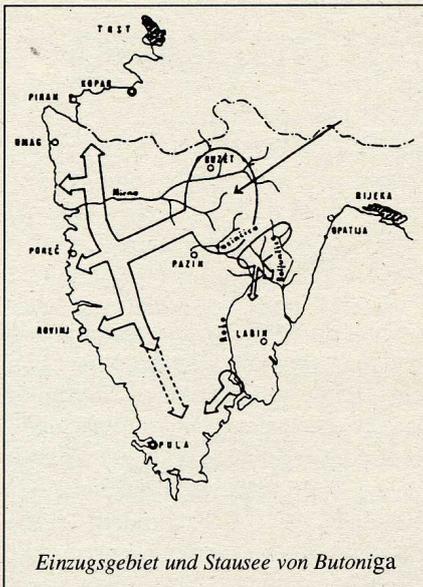


Abb. 1: Trinkwasserversorgung für Istrien (entsprechend dem UNDP/FAO - Projekt, Rom, 1979)

500 m. Dieses Gebiet empfängt bei einem Jahresmittel der Temperatur zwischen 12 und 13 Grad C 1130 mm, wodurch es, speziell infolge der lithologischen Situation, zu einer unerwartet starken Sedimentation des Sees kommt.

Gesteigerter Wasserbedarf...

... durch den Fremdenverkehr, Intensivierung der landwirtschaftlichen Nutzung sowie eine problematische geologische Struktur und lithologische Zusammensetzung bedingten eine Situation, die die Aufmerksamkeit des Stauseebetreibers auf den Plan rief. Neben einer nicht bedrohlichen, doch beachtlichen Sedimentation, hervorgerufen durch das Vorherrschen von Eozänflysch mit geringer morphologischer Wertigkeit und hoher Erosionsanfälligkeit im Einzugsgebiet, mußte auch ein verstärkter erosiver Abtrag von Bodenmaterial festgestellt werden. Dieses Material beinhaltet nicht nur Humusanteile und Pflanzennährstoffe, vor allem Phosphorsalze, sondern auch Reste von Pflanzenschutzmitteln. Bringt die erste Reihe von morphodynamischen Prozessen infolge der kontinuierlichen Sedimentation eine langsame Auffüllung des Stausees, so verdienen die die me-

chanischen Prozesse begleitenden chemischen Prozesse die besondere Aufmerksamkeit, da diese die Brauchbarkeit des Wassers für den Menschen in Frage stellen können. So ist neben der unerwünschten Eutrophierung mit vermehrtem Algenwachstum auch eine Belastung des Wassers mit Rückständen von Pflanzenschutzmitteln möglich.

Es handelt sich jedenfalls im Bereich des Butoniga-Stausees um ein Bündel von anstehenden Fragen und Prozessen, die rechtzeitig erkannt und gestoppt oder zumindest unter Kontrolle gebracht werden müssen, soll es nicht zu Engpässen in der Wasserversorgung für Touristen und für die Landwirtschaft kommen. In welchem Maße kann hier die angewandte Erosionsforschung ansetzen? Wissend um die theoretischen Grundlagen und mit den Erfahrungen von Feldversuchen wird seit rd. 2 Jahren an einem interdisziplinären Programm zur Minimierung der Erosion gearbeitet. Es mag zwar dieser Zeitraum für die Erstellung eines Programms lang erscheinen, doch muß berücksichtigt werden, daß hier beim Zusammentreffen vieler Interessen und Interessensgruppen ein breitestmöglichster Konsens für Lösungsansätze und einer möglichst ökonomischen Umsetzung gefunden werden muß; erst dann kann an eine effiziente internationale Bearbeitung herangegangen werden.

Interdisziplinär und grenzüberschreitend

Abschließend möchte ich einige Gedanken in eigener Sache artikulieren. Für einen Bodenkundler ist dieses Projekt aus mehreren Gründen eine reizvolle Aufgabe. Zum einen, da ich auf diese Weise mit ausländischen Fachkollegen in einen regen Gedankenaustausch treten kann, zum anderen, da dieses Projekt ein Beispiel angewandter Bodenerosionsforschung ist, das nicht nur Aktionen des präventiven Bodenschutzes auf landwirtschaftlich genutzten Flächen erforderlich macht, sondern durch den Butoniga-Stausee ein fachübergreifendes und damit interdisziplinäres Problem von großer ge-

sellschaftlicher Relevanz darstellt. Schon bei den ersten Gesprächen, die in sehr kollegialer Form stattgefunden haben, war zu erkennen, daß zunächst eine Abstimmung der Auffassungen, der Definitionen und der Problematisierung erzielt werden muß. Dies kann nur in Form von Referaten und Diskussionen im engsten Fachkreis erreicht werden, zeitliche wie finanzielle Aufwände sind dafür erforderlich. Als zweiter Schritt ist dann an die Abgrenzung und an die Formulierung der anstehenden Probleme zu denken, um den effizienten Einsatz der geistigen wie materiellen Ressourcen zu gewährleisten. Ein weiterer Schritt ist in Richtung Finanzierung gerichtet, der aber nur dann erfolgreich sein kann, wenn eine klare Linie durch eine fundierte Darstellung der Probleme und auch der Lösungsansätze erkennbar ist.

Wir stehen derzeit in diesem Stadium der Ausformulierung und der Frage der Finanzierung. Eine der wichtigsten Voraussetzungen für einen erfolgreichen Abschluß dieser in Kroatien in Aussicht genommenen Feldversuche ist jedoch die Tatsache, daß die Versuchsausrüstung und -anordnung analog den österreichischen Versuchen erfolgte, ebenso auch die Aufstellung, die Betreuung und die Auswertung; die zu erwartenden Daten sind somit kompatibel. Darüber hinaus gestattet die praxisnahe Versuchsanordnung eine unmittelbare Übertragung der gewonnenen Daten in die landwirtschaftliche Praxis, wodurch der Wert dieser angewandten Forschung unterstrichen wird.

Literatur:

PRASUHN, Volker: Bodenerosionsformen und -prozesse auf tonreichen Böden des Basler Tafeljura (Raum Anwil, BL) und ihre Auswirkungen auf den Landschaftshaushalt. Physiogeographica, Basler Beiträge zur Physiogeographie, Band 16, Basel, 1991.

Dr. Othmar Nestroy ist Bodenkundler und Professor an der Technischen Universität Graz.

Termine:

11./12. März 1994, Gmunden:
Frühjahrestreffen des Vereins
"Österreichische Friedens-
dienste" (Podiumsdiskussion
am Freitag, 11. 3., 19h) Kon-
takt: Markus Pühringer, The-
resienthalstraße 71/1 Tel.
07612/73 988.

12. bis 15. Mai 1994, Valen-
cia/Spain: Konferenz Natio-
nale Konflikte in Europa:
Friedensstrategien der zivilen
Gesellschaft Veranstalter:
Helsinki Citizens' Assembly
Österreich-Kontakt: Gerold
Achleitner, Thomasroith 91,
A-4905

7. bis 10. Juli 1994, Santiago de
Compostela/Spain: Erster
europäischer Kongreß für
Friedenserziehung Kontakt:
Congreso Europeo de Edu-
cacion para la Paz, Rua do
Preguntoiro, 9, 15704 Santi-
ago de Compostela, Galicia,
Spain

Toleranz und Solidarität sind erlernbar!



Alpen Adria Alternativ:
Drei Jahre Arbeit fürs interkulturelle Lernen

Hinweis der Redaktion:

Die vorliegende Ausgabe erscheint als alpe-adria 2/1994. Heft 1/1994 erschien als Broschüre, die ausführlich über die Arbeit von Alpen-Adria-Alternativ informiert, unter dem Titel "Toleranz und Solidarität sind erlernbar!" Sie wurde nur an die inländischen AbonnentInnen versandt. Gratis-Bestellungen bitte an: Alpen-Adria-Alternativ, Jakominiplatz 18, 8010 Graz.

Zgodba za Macija

A Story for Maci
Eine Geschichte
für Maci
Una storia per Maci
Priča za Macija



Diese Broschüre dokumentiert die Ergebnisse einer viersprachigen Schreibwerkstatt auf einem internationalen Friedensseminar in Koper 1992. Sie beinhaltet alle Texte und ein kleines didaktisches Handbuch in Deutsch, Slowenisch, Kroatisch, Italienisch und Englisch.

Hrsg.: Mirovni Inštitut/Peace Institute Ljubljana, mit Unterstützung des slowenischen Unterrichtsministeriums. Bestellungen an Alpen-Adria-Alternativ, A-9500 Villach, Rathausgasse 8.

Unterschriftenlisten an: Alpen Adria Alternativ, Rathausg. 8, 9500 Villach.

Appell

zugunsten der Deserteure und Kriegsdienstverweigerer aus dem ehemaligen Jugoslawien

Wir Bürgerinnen und Bürger Europas,

entsetzt über den Krieg, der das ehemalige Jugoslawien verwüstet,

beunruhigt durch das Schicksal, das hunderttausende Deserteure dieses Konflikts trifft, von denen nur eine Minderheit ins Ausland fliehen konnte,

empört über die Doppelzüngigkeit der europäischen Staaten, die einerseits diesen Krieg verurteilen, andererseits die Deserteure, Stellungsflüchtlinge und Kriegsdienstverweigerer in keiner Form unterstützen, und ihnen sogar mit Rückschaffung drohen - zurück zu den Greueln dieses Krieges, an denen sie sich schon einmal geweigert haben, teilzunehmen.

im Bewußtsein, daß diese Dienstflüchtigen, die Botschafter der Versöhnung und eines zukünftigen Friedens sind und die Ehre ihres Landes verkörpern, derzeit bestenfalls unverstanden bleiben und - oft sogar von ihrer eigenen Familie - ausgestoßen oder, im schlimmsten Fall, von den Kriegsverbrechern als "Verräter" verfolgt werden,

1. **begrüßen** die vom Europäischen Parlament soeben einhellig verabschiedete Entschließung*, in der die Europäische Gemeinschaft und die EG-Mitgliedstaaten aufgefordert werden, *Deserteure und Kriegsdienstverweigerer, die sich den verschiedenen Streitkräften, die sich auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien bekämpfen, entzogen haben, aufzunehmen, zu unterstützen und als Flüchtlinge anzuerkennen;*
2. **setzen uns** - jede und jeder nach ihren, seinen Möglichkeiten - **persönlich dafür ein**, Empfang, Schutz und Unterstützung der Deserteure zu gewährleisten (Unterbringung, Rechtshilfe, Ausbildung, usw.);
3. **verlangen** von unseren politischen Vertretern, entsprechend den Forderungen des Europäischen Parlaments:

- die Völkergemeinschaft aufzufordern, Normen zum Schutz von Deserteuren und Kriegsdienstverweigerern aufzustellen, die sich nicht an nationalistischen Kriegen beteiligen möchten, die von ihr unmißverständlich verurteilt wurden,

- geeignete Maßnahmen zur Aufnahme von Deserteuren und Kriegsdienstverweigerern vorzusehen,

- ihnen einen Rechtsstatus zu gewähren, und sich klar gegen Ausweisungen zu wenden,

- Programme und Vorhaben zu entwickeln, um Ausbildungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten für Kriegsdienstverweigerer zu schaffen

- und auf die Regierungen des ehemaligen Jugoslawien den nötigen Druck auszuüben, damit allen Deserteuren und Kriegsdienstverweigerern eine Generalamnestie gewährt wird.

"Es ist schön, kriminellen Befehlen nicht Folge zu leisten." (Anatole France). Schön aber schwierig.

Schaffen wir überall ein Empfangs- und Unterstützungsnetz für Deserteure, und führen wir Kampagne, um unsere Regierungen dazu zu bringen, ihre Taten endlich mit ihren Reden in Einklang zu bringen.

N.B. Einige Unterzeichner wie General Eanes, der ehemalige Präsident der Republik Portugal und Lord Yehudi Menuhin, finden die Bezeichnung "Deserteur" nicht zutreffend, da es um Menschen geht, die sich aus Gewissensgründen weigern, an einem Konflikt teilzunehmen, "der weder die Integrität des Einzelnen, noch der Gemeinschaft achtet und im eklatanten Widerspruch zur Tradition von Zusammenleben und kulturellem Austausch zwischen den Völkern steht." Die Bezeichnung Deserteur wird nicht überall und unter allen Umständen gleich verstanden. Wir verwenden sie im Sinne der Resolution des Europäischen Parlaments.

* Die Resolution ist Folge eines gemeinsam von der Sozialistischen Fraktion, der Christlich-Demokratischen Fraktion, der Grünen und der Fraktion der Liberalen eingebrachten Antrags. Sie wurde am 28. Oktober 1993 angenommen.

Name, Vorname:

Straße:

PLZ/Ort:

Unterschrift:

APPEAL

This appeal was written jointly by medical students, young doctors and other colleagues from all republics and autonomous provinces of former Yugoslavia, met in Göd, Hungary, under the initiative of IPPNW, between 11-13 March 1994.

1. We want peace and justice for all.
2. We want dialog, dialog and nothing but the dialog until the solution is found.
3. We insist on respect for human rights of all people living in the area of former Yugoslavia.
4. We insist that all the sick, helpless and wounded people whoever they are get the medical help they need and be treated equally according to the Hippocratic oath.
5. We want that all refugees have the right to return to their homes.

WE WANT JUSTICE, EQUALITY AND THE CHANCE FOR A NEW AND BETTER LIFE FOR ALL SUFFERING PEOPLE IN THE AREA OF FORMER YUGOSLAVIA!!! PLEASE STOP THE KILLING NOW!!!

We want to meet soon within the Territory of former Yugoslavia to continue the dialog we started today.

“DO UNTO OTHERS WHAT YOU WOULD LIKE TO BE DONE UNTO YOU”

The appeal signed by:

March 12, 1994

<u>Emir Haxhić</u> Emir Haxhić medical student Graz (Prishtina)	<u>Vicko Gtunčić</u> Vicko Gtunčić medical student Zagreb R HRVATSKA	<u>Dr. Srdjan Djurovic</u> Dr. Srdjan Djurovic Oslo (Podgorica)
<u>Marina Ivanović</u> Marina Ivanović M.D. Podgorica	<u>Dusan Vladislav Pazdjerski</u> Dusan Vladislav Pazdjerski B.Sc. Novi Sad	<u>Sonja Matasić</u> Sonja Matasić M.D. 1969 Zagreb R HRVATSKA
<u>Sulejman Menzihović</u> Sulejman Menzihović M.D. Zagreb (Jajce)	<u>Antonela Ljubić</u> Antonela Ljubić M.D. Skopje	<u>Marina Menzinger</u> Marina Menzinger medical student Ljubljana
<u>Sergeja Dobravc</u> Sergeja Dobravc medical student Ljubljana	<u>Barbara Fidler</u> Barbara Fidler medical student Ljubljana	<u>Rasim Jusufovic</u> Rasim Jusufovic medical student Graz (Tuzla)
<u>Milan Kosuta</u> Milan Kosuta M.D. Zagreb R HRVATSKA	<u>Aleksandar Micevski</u> Aleksandar Micevski medical student Skopje	<u>Stanka Rebraca</u> Stanka Rebraca B.Sc. Beograd
<u>Sead Muhovic</u> Sead Muhovic medical student Graz (Sarajevo)	<u>Aljosa Djukic</u> Aljosa Djukic M.D. Beograd (Sarajevo)	<u>Melina Cengic</u> Melina Cengic M.D. Zagreb (Mostar)
<u>Samir Dervisevic</u> Samir Dervisevic M.D. '69 Zagreb	<u>Maja Bujas</u> Maja Bujas M.D. 1966 Zagreb R HRVATSKA	<u>Lena Kotrdija</u> Lena Kotrdija M.D. Zagreb R HRVATSKA
<u>Zoran Simovic</u> Zoran Simovic M.D. Novi Sad	<u>Besnik Limaj</u> Besnik Limaj B.Sc. Prishtina	<u>Urim Ahmeti</u> Urim Ahmeti medical student Prishtina
<u>Sasa Simunovic</u> Sasa Simunovic medical student Zagreb R HRVATSKA		

KINDER-GESCHICHTEN

Wem können wir noch vertrauen, wenn nicht Kindern? Die Alpdrücke der Kinder in Flüchtlingslagern in Slowenien müssen wir als die offenste Interpretation des Prozesses am Balkan verstehen. (Beinahe die Hälfte der Flüchtlinge sind jünger als 16 Jahre). Ihre Gefühle führen uns warnend vor, daß die Flüchtlingskrise ein Muster des menschlichen Lebens auf diesem traurigen Planeten ist: Man kann nie wissen, wann man selbst plötzlich des zivilisierten Alltags beraubt und zu einem Wesen reduziert wird, das von allen wie Luft behandelt wird.

Ich träume oft von meinem Vater, Mutter, Großvater und Tante. Sie leben momentan in Zenica (Zentralbosnien). Ich träume, daß ich mit ihnen zusammen zu Hause lebe und sehr glücklich bin. Ich küsse und streichle sie in meinen Träumen und sie küssen mich auch. Ich träume von allen Mädchen und Buben, die mit mir im Hof spielten. Ich vermisse sie alle sehr. Ich träume, daß ich mit meinen Eltern und meinem Bruder entlang den Straßen meiner Stadt spazieren gehe und mit meinen Freunden im Fluß Bosnia, der bei meinem Haus vorbeifließt, schwimme. Ich träume von meiner Schule, meinen Lehrern und den Kindern in meiner Klasse. Aber am öftesten träume ich von meinen Eltern. Sie vermisse ich am meisten. Alles in meinen Träumen ist so schön. Dann wache ich auf und entdecke, daß dies nicht der Realität entspricht.

Saša Gagić (14)

Alles zerrinnt, Mutter, sogar die Sonne, die im Osten aufgeht, und der Regen auch. Alles zerrinnt.

Alles zerrinnt, Mutter, sogar das Gras mit dem Morgentau, und die Blumen im Kinderhaar. Alles zerrinnt.

Alles zerrinnt, Mutter, nur das Leiden und die Erinnerung bleiben.

Majda Hodžić (12 Jahre)

Auf der anderen Seite des Flusses geht das Leben weiter. Leute treffen einander, arbeiten und schaffen. Alles gleicht hier einer normalen Welt. Aber was geschieht mit uns? Wo bleiben wir in dieser Zeit, wo ist unser Platz in der Welt, wo unser

Leben? Unser Leben besteht darin, jeden Morgen aufgeweckt zu werden und wie seltsame Maschinen oder Roboter zum Frühstück zu gehen. Hier sind eine Reihe schlechtgelaunter Menschen, Lärm und große Kessel. Das erste Zeichen unserer "Nichtexistenz". Du wartest wie ein Parasit auf etwas, das irgendwer dir zubereitet und serviert. Du stellst dich an und sie verteilen Nummern, bis du an der Reihe bist. Dann kehrst du gedemütigt zurück. Es ist schrecklich, jemandem zur Last zu fallen und zu beobachten, wie Leute nach Hause gehen und du hast niemanden, zu dem du zurückkehren kannst. Dann gehst du in einen kleinen Raum zurück, den außer dir noch dreißig weitere bewohnen. Reihen von Betten wie Soldaten. Du machst die Betten, reinigst den Boden und wartest. Das Warten ist endlos. Die Zeit zwischen zwei Ereignissen dauert Tage, manchmal sogar Monate. Manchmal schreckt dich die Stimme des Mädchens vom Büro gegenüber auf: "Jemand ruft dich mit Hilfe des Radios. Du hast eine Verbindung". Und danach wartest du wieder. Sind sie noch am Leben, sind sie noch hungrig?

Zu Mittag sammeln wir wieder die Kartons. Das Geschirr klappert auf dem Weg zur Küche. Hier steht wieder eine lange Reihe. Einige alte Leute, die nicht solange stehen können, sitzen auf den Bänken vor der Küche. Die Reihe bewegt sich langsam und unbestimmt. Die riesigen Kessel klappern. Von Zeit zu Zeit fragst du dich: Warum ist alles, so wie es ist?

Dann wartest du wieder und hoffst auf eine Veränderung. Aber alles ist immer gleich am Morgen, am Abend und zu Mittag. Putzfetzen quietschen entlang des Korridors. Ein Geräusch im Hof. Alles ist so langweilig, daß wir die Zeit mit Jahren messen. Unsere Welt ist so klein, der Abstand wird jeden Tag größer, die Tage schwerer. Aber eine Lösung ist weit entfernt und Zeit und Raum bedeuten hier nichts. Auf was sollen wir hoffen, wenn alle Wünsche unerfüllt bleiben? Sind Träume sinnvoll, wenn wir jene, von denen wir träumen, nie sehen können? Ist das Leben noch lebenswert?

Raza Mehmedović (15 Jahre)

(Aus: War-Report 22/1993)

Alpe-Adria 2/94

Erscheinungsort: Villach

Verlagspostamt: 9500 Villach

P. b. b.

Hinweis: Ein roter Punkt neben Ihrem Namen bedeutet: Abo abgelaufen, bitte öS 120.- einzahlen. Namen nicht vergessen! Ein grüner Punkt bedeutet: Probeheft. Ein A heißt: Austauschabonnement. Bitte teilen Sie uns Ihre Adreßänderungen rechtzeitig mit!

Impressum: Eigentümer, Herausgeber, Verleger: Villacher Friedenskomitee, A-9500 Villach, Paulapromenade 1. Redaktion: Ebenda. Druck: Drava, Klagenfurt/Celovec.